

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Verabbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 210 B

BERLIN • Mittwoch, den 7. September 1932

1. JAHRGANG

Neue Notverordnungen — neue Not!

Papens Einjahres-Plan / Gewerkschaften in Lebensgefahr.

Rpt. Von Notverordnung zu Notverordnung verschärft sich die Krise in Deutschland. Die Maßnahmen zur Erhaltung der herrschenden Klasse auf Kosten der Ausgebeuteten würden darum schärfer und schärfer. Die Verordnungen des Reichspräsidenten und die gleichzeitigen Verordnungen der Reichsregierung vom 4. September übertreffen ihre Vorgänger, wie man schon aus der Rede des Reichskanzlers in Münster ersehen konnte, in jeder Hinsicht: an *Geschenken* für die herrschende Klasse, an *Opfern*, die der Masse der Bevölkerung auferlegt werden, und an — „*Begleitmusik*“. Einige Proben dieser Begleitmusik werden wir im folgenden kennen lernen, wenn wir an Hand der amtlichen Mitteilung der Reichsregierung die wichtigsten Bestimmungen der neuen Verordnungen durchmustern.

In der Einleitung dieses 34 Schreibmaschinenseiten umfassenden Schriftstücks wird ausgeführt, was die einzelnen Bevölkerungsgruppen erhalten: Neu davon ist: Der Reichsfinanzminister wird ermächtigt, Garantien in Höhe von 45 Millionen Mark für gewerbliche Kredit- und Konsumgenossenschaften zu übernehmen und Zinszuschüsse von 3,4 Millionen Mark zu zahlen, ferner zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens in *Gewerbetrieben bis zur Höhe von 30 Millionen Mark Garantien zu übernehmen oder Darlehen zu gewähren und drittens der Bank für deutsche Industrie-Obligationen zur Vorfinanzierung der in den Rechnungsjahren 1933 und 1934 für die Gewährung von Krediten an gewerbliche Betriebe, insbesondere kleineren und mittleren Umfangs vorgesehenen Beträge aus der Aufbringungs-Umlage Reichsschatzanweisungen in Höhe von 40 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Die Landwirte werden 40 Prozent der Grundsteuerzahlungen in Form von Steueranrechnungsscheinen zurückerhalten, statt, wie zunächst geplant, nur 25 Prozent. Ein Erfolg der agrarischen Propaganda! Die Hausbesitzer erhalten außer der auch für sie auf 40 Prozent erhöhten Grundsteuerückvergütung eine Reichsbeihilfe von 50 Millionen Mark als Zuschuß für Reparaturen.*

In der Einleitung wird betont, alles müsse vermieden werden, was die

Stabilität der Währung

beeinträchtigen könnte; die wirtschaftlichen Bestimmungen der Verordnung seien in enger Zusammenarbeit mit der Reichsbank ausgearbeitet worden. — Das ist offenbar die Antwort auf die mehrfach verbreiteten Gerüchte, L u h e r werde sein Amt als Reichsbankpräsident niederlegen.

Als Begründung für die Ergreifung der Maßnahmen wird von Seiten der Reichsregierung wieder angegeben:

Es gelte, den nach Erreichung des Tiefstandes der Krise zu erwartenden natürlichen Aufschwung der Wirtschaft vorzubereiten.

Dazu solle die Vornahme öffentlicher Arbeiten dienen; der Gesamtaufwand dafür wird für die nächsten Monate mit 3/4 Milliarden Mark angegeben; es wird sich unter anderem handeln um: 335 Millionen Mark gemäß den beiden „kleinen“ Arbeitsbeschaffungsprogrammen, 170 Millionen Mark Reichsbahnaufträge auf Grund von Steuergutscheinen, 50 Millionen Mark für Hausreparaturen, 60 Millionen Mark Aufträge der Post; um was noch? Dazu sollen ferner die in der Hauptsache bereits bekannten Maßnahmen dienen, die von der Reichsregierung bezeichnet werden als der „Anfang einer umfassenden, auf Verminderung der Arbeitslosigkeit gerichteten Wirtschaftspolitik“. Die Regierung behauptet: Die Maßnahmen „werden in gerechter, in besonders die sozialen Gesichtspunkte sorgfältig berücksichtigender Weise durchgeführt werden“. — Wenn dies der Anfang einer gerechten Wirtschaftspolitik ist, wie wird dann das Ende aussehen?

Entlastung der Wirtschaft.

Unter dieser Überschrift bekennt die Regierung stolz, daß eine solche Entlastung der Wirtschaft (lies: der herrschenden Klasse) schon in dem Programm früherer Regierungen angekündigt, aber niemals verwirklicht, meist sogar in ihr Gegenteil verkehrt worden sei. — Die Börse quittiert die Entlastung mit stark steigenden Kursen.

Die wichtigste Entlastung stellen die Steuergutscheine dar, über die einige Einzelheiten neu bekannt werden.

1522 Millionen Mark Steuergeschenke.

Der Gesamtbetrag der auszugebenden Steuergutscheine wird auf etwas über 1,5 Milliarden Mark geschätzt, und zwar auf Grund folgender Berechnung:

1. Umsatzsteuer
1500 Millionen Mark, davon 40% = 600 Millionen Mark
2. Gewerbesteuer
600 Millionen Mark, davon 40% = 240 Millionen Mark
3. Grundsteuer
1280 Millionen Mark, davon 40% = 512 Millionen Mark
4. Beförderungssteuer in voller Höhe . . . 170 Millionen Mark

zusammen 1522 Millionen Mark

Die Steuergutscheine werden in Beträgen von 50, 100, 200, 1000, 10 000 und 20 000 Mark ausgegeben. *Wer weniger als 50 Mark zu beanspruchen hat, erhält Scheine über 10 und 20 Mark erst nach dem 30. September 1933.*

Der „Deutsche Volkswirt“ schätzt, daß die kleinen Beträge etwa zwei Fünftel des Gesamtbetrages ausmachen. Durch deren späte Auszahlung werden die Gefahren und Aussichten einer

AUS DEM INHALT:
Arbeiterregierung statt Regierung der Barone.

Das Ausland zur Parade der 180 000.
Hinter den Kulissen des Katholikentages.
Im Schein der „Ewigen Lampe“.

und Wohlfahrtsunterstützungslasten befreit. Es entspricht ja auch dem Sinn einer kapitalistischen Verordnung, die Lasten möglichst auf die Arbeiterschaft abzuladen. Das wird noch viel deutlicher im zweiten Teil der Verordnung.

Nachprüfung der Sondergerichtsurteile.

Es hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, die sofort rechtskräftig gewordenen Urteile der Sondergerichte nachzuprüfen, die von den Richtern in einem beschleunigten Verfahren unter Anwendung hoher, durch die Notverordnung vorgeschriebener Mindeststrafen gefällt werden mußten.

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ hat es ehrenamtlich übernommen, die erforderliche Nachprüfung durch einen Ausschuß hervorragender Juristen durchführen zu lassen. Diese Nachprüfung wird sich nicht nur auf die tatsächlichen Grundlagen des Urteils beschränken, sondern insbesondere auch dar-

auf, ob bei aller Notwendigkeit der Bekämpfung des politischen Terrors einzelne Strafen als zu hart erscheinen.

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ bittet, ihr die Urteilsausfertigungen der Sondergerichte und etwa vorhandene Anklageschriften unverzüglich zuzustellen, sowie Tag des Straftritts und die Adresse des Verurteilten mitzuteilen, und zwar unter folgender Anschrift: „Deutsche Liga für Menschenrechte EV“, Sondergerichtsausschuß, Berlin N 24, Monbijouplatz 10, Eingang IV/III.

Preissteigerung natürlich zunächst wesentlich gemildert. Vor dem 30. September 1933 werden nur rund 900 Millionen Mark von jenen 1,5 Milliarden Mark-Scheinen ausgehändigt. Nach Ansicht des „Deutschen Volkswirtes“ wird ein Teil davon, 100 bis 200 Millionen Mark, unverwertet in den Kassen derjenigen Unternehmungen liegen bleiben, die eine Veräußerung oder Beleihung nicht nötig haben. Als Kreditunterlage käme daher von den 1,5 Milliarden nur etwa die Hälfte in Frage. Der Börsenkurs der Scheine wird kaum höher als 70 Prozent liegen; wenn die Scheine zu durchschnittlich 60 Prozent ihres Kurswertes von den Banken beliehen werden, so ergäbe sich die Möglichkeit einer Kreditausweitung von nur 300 bis 350 Millionen Mark. — So weit die Rechnung des „Deutschen Volkswirtes“. Wenn man noch bedenkt, daß die Kreditausweitung sich auf 12 Monate verteilen wird, erscheint die Gefahr weit geringer, als sie auf Grund der Rede des Reichskanzlers erscheinen konnte. Nach Mitteilung der Reichsregierung wird diese zudem weitgehende Ermächtigungen erhalten, allgemein oder für Gruppen von Scheinen einen „Verwendungszwang“ einzuführen, „um ein wahlloses Werfen von Steuergutscheinen auf den Markt zu verhindern“.

700 Millionen Mark Beschäftigungsprämien.

Die Regierung gibt in ihren Erläuterungen zu, daß die Gefahr des Mißbrauch der Beschäftigungsprämien besteht. „Um des Zweckes willen und im Vertrauen auf den Erfolg der Maßnahmen glaubt die Reichsregierung, die Gefahr des Mißbrauchs in Kauf nehmen zu sollen.“

Im einzelnen wird bestimmt: Ein Arbeitgeber, der in dem „Wirtschaftsplanjahr“ vom 1. Oktober 1932 bis zum 30. September 1933 im Durchschnitt eines Kalendervierteljahres mehr Arbeitnehmer beschäftigt als im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932, erhält für jeden Arbeitnehmer über die frühere Bestandzahl hinaus, den er ein Vierteljahr lang beschäftigt, 100 Mark Prämie in Gestalt eines Steuergutscheins. Insgesamt werden, wie bereits bekannt, 700 Millionen Mark Steuergutscheine für diesen Zweck bereit gestellt. Wenn wir die vorhin angestellte Rechnung übertragen, so wäre auf Grund dieser Scheine eine Kreditausweitung in Höhe von weiteren etwa 300 Millionen Mark, verteilt auf vier Vierteljahre, möglich.

Die Regierung meint, die Beschäftigungsprämie werde vor allem den kleinen und mittleren Betrieben zu gute kommen (?). Es ist richtig, daß sie einen Antriebsimpuls auf erweiterte Einführung von Kurzarbeit bietet und alle öffentlichen Haushalte, insbesondere die der Gemeinden, von manchen Krisenunterstützungs-

Vollmacht zum Abbau der Sozialpolitik.

Die Regierung wird beauftragt, „im Hinblick auf die gegenwärtige Not des deutschen Volkes zur Erhaltung der sozialen Fürsorge und zur Erleichterung von Wirtschaft und Finanzen die sozialen Einrichtungen zu vereinfachen und zu verbilligen. Die Reichsregierung wird ermächtigt, auf bestimmten Gebieten das soziale Recht in seinen Formen und Grenzen so zu gestalten, wie es der wirtschaftliche Notstand und das soziale Bedürfnis, das Gebot der Einfachheit und Sparsamkeit erfordern.“

Welch ausgezeichnetes Gewissen die Regierung dabei hat, ergibt sich aus dem folgenden Satz der amtlichen Mitteilung:

„Das Mißtrauen gegen diese Ermächtigung ist nicht gerechtfertigt.“

Dabei nimmt die Regierung (Bezug auf die Kundgebung des Reichspräsidenten: „Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft soll gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben.“ Dem entspricht die Versicherung der Regierung:

„Der Tarifvertrag bleibt in seinen begrifflichen Merkmalen unberührt.“

(Wir finden: auch die Unbekümmertheit solcher Erklärungen steigt von Notverordnung zu Notverordnung!)

Die Regierung wird von der Ermächtigung zweifellos bald auch in bezug auf die Arbeitslosenunterstützung Gebrauch machen. Sie sagt in ihren Mitteilungen sehr richtig: „Auch die Arbeitslosenhilfe kann einfacher geregelt werden. Jedenfalls scheint die Dreiteilung der Unterstützung keine durch die Natur der Dinge auferlegte Notwendigkeit zu sein.“ Aber was wird, abgesehen von der sicher möglichen Vereinfachung der Verwaltung, „vereinfacht“ werden? Die Mitteilungen der Reichsregierung sprechen in dem Abschnitt über sozialpolitische Maßnahmen mehr als an irgend einer anderen Stelle von „sozialer Gerechtigkeit“, u. s. w. Ein schlechtes Zeichen!

Von der Ermächtigung macht die Regierung sofort in bezug auf Tarifverträge in der bereits bekannten Form Gebrauch:

1. Je größer die Vermehrung der Belegschaft, um so größer soll auch die Ermäßigung der tariflichen Löhne sein. Die Lohnermäßigung soll jedoch auf die Vergütung für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde beschränkt sein, in keinem Falle soll sie über die Hälfte der Vergütung für die 30. bis 40. Stunde hinausgehen. Diese Höchstgrenze wird erst bei einer Vermehrung der Belegschaft um ein volles Viertel erreicht.

Der Arbeitgeber, der von der Berechtigung zur Ermäßigung der tariflichen Lohnsätze Gebrauch machen will, hat dies der

Belegschaft durch Aushang im Betriebe bekannt zu geben und darf dann ohne weiteres von dem Beginn der nächsten Lohnwoche an, für Angestellte vom Beginn der nächsten Monatsmitte an, die Lohn- oder Gehaltsminderung eintreten lassen.

Wo es sich lediglich um Verschiebungen der Arbeit zwischen mehreren Betrieben handelt, oder aus sonstigen Gründen der Zweck der Verordnung nicht erreicht wird, hat der Schlichter dem Arbeitgeber die Berechtigung zu entscheiden. Auf Saisonbetriebe findet die Verordnung grundsätzlich keine Anwendung. Nur wo der Arbeitgeber über den saisonbedingten Stand hinaus seine Arbeitskräfte vermehrt, soll ihm der Schlichter zu entsprechenden Lohnermäßigungen ermächtigen können. Für landwirtschaftliche Betriebe soll für die Feststellung der neuen Arbeitsplätze jeweils von dem entsprechenden Monat des Vorjahres ausgegangen werden.

Wenn ein Unternehmen von der 48- zur 40-Stunden-Woche übergeht und die Belegschaft um 25 Prozent erhöht, ergibt sich eine **Wochenlohnkürzung um 27 Prozent**.

2. Der Schlichter wird ermächtigt, wenn die Weiterführung oder Wiedereröffnung eines Betriebes durch die Tariflöhne gefährdet ist, **Abschläge vom Tariflohn bis zu 20 Prozent** zuzulassen. Wir vermuten, daß dies überall dort der Fall sein wird, wo keine Vermehrung der Belegschaft Lohnkürzungen ermöglicht.

Die Verordnung tritt am 15. September in Kraft. Das Lohnminderungsrecht, das auf der Vermehrung der Belegschaft beruht, fällt mit dem Schluß des Monats März 1933 weg.

Nachlese.

Auch in dieser Notverordnung werden nach dem Vorbild der Bestimmungen Brüning's über Einführung von Vierpfennig-Stücken eine Reihe von Einzelheiten geregelt. Nur einige Beispiele: Die Bürgersteuer wird weiter erhoben, in etwas verringertem Umfang. Die Landwirte — denen die Hauptgeschenke ungefähr gleichzeitig durch Zollerhöhungen und Preisstützungsaktionen zu Teil werden; die Kontingentierungen der Einfuhr sollen bald folgen! — bekommen die Umsatzsteuer für Milch künftig erlassen, wenn sie einem nach dem Milchgesetz vorgeschriebenen Reinigungs-, Erhitzungs- oder Tiefkühlungsverfahrens unterzogen wird. Eine Bestimmung, die den Versuchen auf Verbesserung der deutschen Milchproduktion den notwendigen Nachdruck verleihen kann. — In denjenigen Betrieben, an denen das Reich mit mehr als 50 Prozent beteiligt ist, ferner in den Betrieben, denen das Reich, ein Land oder eine Gemeinde finanziell hilft oder geholfen hat, dürfen künftig die Bezüge der Vorstandsmitglieder und leitenden Angestellten nicht höher sein, als sie in der Reichsverwaltung für vergleichbare Dienstleistungen gezahlt werden. Als Finanzhilfe gelten beispielweise: Kredite und nichtrückzahlbare Zuschüsse, die Ueberlassung von Kreditunterlagen, die Uebernahme von Zinsgarantien und Bürgschaften. — Die Einführung eines Beanstandungsverfahrens soll sichern, daß die in der zweiten Gehaltskürzungsverordnung enthaltene Höchstgrenze für die Bezüge von Angestellten und Arbeitern bei den Gemeinden, den gemischtwirtschaftlichen Versorgungsbetrieben und bei öffentlichen Körperschaften nicht überschritten wird.

Das Programm ist richtig? Wozu?

Einzelne Maßnahmen sind auch von unserem Standpunkt aus richtig. Das darf uns aber nicht darüber täuschen, daß fast alle Maßnahmen richtig sind nur zu dem Zweck, die Regierung Schleicher-Papen sich gesetzt hat: die herrschende Klasse durch die Krise hindurch zu retten, koste es, was es wolle.

Angesichts der schwierigen Lage gehört zu diesem Unterfangen Kühnheit und Brutalität. Notwendig ist Kühnheit im Ausprobieren immer neuer Maßnahmen. Dieses Mal ist es der Vorgriff auf künftige Steuererhöhungen. Bei Brüning's großer Notverordnung vom Dezember 1931 war es die „schlagartige“ Senkung von Löhnen, Preisen und Zinsen. Bei einer künftigen Notverordnung wird es vielleicht die Arbeitsdienstpflicht im großen Stil sein. — Die Kühnheit muß sich paaren

mit **Brutalität** in der Herabdrückung der Lebenshaltung der Massen. Bei den ersten Notverordnungen hieß es: Ein größeres Opfer könne der Bevölkerung überhaupt nicht zugemutet werden. Solche Worte fehlen dieses Mal. Wer würde sie auch heute noch glauben? — Die Worte von „sozialer Gerechtigkeit“ aus dem Munde der ausgesprochensten Klassenregierung, die es seit 1918 gegeben hat, wer glaubt sie, über einen Teil der engsten Anhängerschaft hinaus?

Wann kommt die Regierung, die mit jenen Worten von sozialer Gerechtigkeit ernst macht und die auch mit Kühnheit vorgeht und auch — wo es ihren Gegnern gegenüber notwendig ist — mit Brutalität? Wann kommt die Arbeiterregierung an Stelle der Regierung der Barone? Anders ausgedrückt: Wie weit ist die Arbeit an der Vorbereitung der Einheitsfront fortgeschritten?

Diese Arbeit wird durch die heutigen Notverordnungen wichtiger als je. Denn diese sind

Notverordnungen zur Zerschlagung der Gewerkschaften.

Wer wird in ihnen Mitglied bleiben oder gar neu Mitglied werden, lediglich weil die „begrifflichen Merkmale“ des Tarifvertrages erhalten bleiben, nicht aber die Tariflöhne? Wenn von den viel gepriesenen sozialen Errungenschaften, die sowieso seit langem fast nur noch im Rechnermaterial vorhanden waren, in der Wirklichkeit nichts aber auch gar nichts übrig bleibt?

Gewiß: Die Kampfkraft der Gewerkschaften wurde in den letztvergangenen Jahren kaum eingesetzt. Was aber, wenn sie gar nicht mehr vorhanden ist?

Das Ausland zur Parade der 180000.

„Exzellenzen von einst und Autoritäten von heute“.

Der Berliner Stahlhelmtag hat im Ausland eine große und begriffliche Erregung hervorgerufen. Die Anwesenheit der Reichsminister bei der Parade von 180000 Stahlhelmen gab hierbei den Ausschlag.

Die Ueberschriften, die die sonst so zurückhaltende englische Presse ihren Berichten gegeben hat, reichen hin, den Eindruck auf das Inselreich erkennen zu lassen: „Das größte militärische Schauspiel seit 1913“; „Der deutsche Kronprinz besichtigt eine deutsche Armee“; „1914-Blut legt über Berlin“.

Wer Ende voriger Woche in Berlin war, weiß, daß von einer 1914-Blut keine Rede war, daß der Geist der kaiserlichen Armee wohl in den Kreisen der Stahlhelmer selber, vor allem ihrer Führer zu Hause war — da war er es ja immer —, daß aber die Berliner dem Stahlhelmtag keine übermäßig große Beachtung geschenkt haben.

Bemerkenswert ist, daß die französische Rechtspresse kaum stärkere Töne anschlägt wie die Nachbarn jenseits des Kanals. „Intransigeant“ bemerkt, daß den Stahlhelmen nur die Gewehre und Kanonen fehlen, deren Lieferung die Reichsregierung jedoch im gegebenen Augenblick übernehmen würde.

In einer Festversammlung von 300 hohen Offizieren hätten die Söhne des Kaisers die Abwesenheit ihres Vaters entschuldigt, der, in Doorn zurückgehalten, in diesem Jahre noch nicht in der Lage sei, seinen früheren Generalen zu Ehren seinen Besuch zu erweisen. Vom Kaiser abgesehen sei die Familie Hohenzollern vollzählig dagewesen. Der Berichterstatter fügt hinzu, daß im Sportpalast nicht ein Wort gegen Frankreich laut geworden sei. Der Stahlhelm wolle wohl die Gleichberechtigungsverhandlungen nicht stören.

„Temps“ schreibt: Die Herbstparade auf dem Tempelhofer Feld solle an Kaiser Wilhelm II. gemahnen und die Erinnerungen der kaiserlichen Armee auffrischen. In einer höchst merkwürdigen Verbindung nähmen daran die Mit-

Nach jedem Triumph über die Arbeiterschaft wird für die Reaktion der Kampf leichter. Was diesem Triumphzug der Reaktion inmitten der Krise ein Ende machen kann, das wissen nicht nur wir, das wissen nahezu alle Arbeiter in Deutschland: **Nur die Einheitsfront der Arbeiterschaft kann es.** An ihr weiter zu bauen, hartnäckig und zäh, — dazu mahnt uns auch das neueste Werk und Werkzeug der Reaktion.

Trotz der Gefahr, in der die freien Gewerkschaften stehen, ist das einzige, was man heute von ihnen erfährt, die Absicht, in diesen Tagen zusammenzutreten, um Stellung zu nehmen. Voraussichtlich werden sie einen Beschwörungsbuch bei Papen unternehmen. Die christlichen und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften sollen aufgefordert werden, sich daran zu beteiligen.

Der Reichsbund ist unzufrieden mit der Reichsregierung. Er protestiert in einer Entschloßung dagegen, „daß die Reichsregierung die Waffe des Einfuhrkontingents zum Schutze der nationalen Produktion noch immer nicht genügend anwendet“. Der Reichslandbund hält es für falsch, den vorhandenen industriellen Produktionsapparat auf allen Gebieten zu erhalten; die Wiederherstellung der deutschen Landwirtschaft als des Hauptauftraggebers und des Hauptabnehmers der deutschen gewerblichen Produktion sei der Angelpunkt jedes Arbeitsbeschaffungsprogramms. — Wir sind ganz einverstanden; nur ist für uns die „deutsche Landwirtschaft“ etwas anderes als der ostelbische Großgrundbesitz!

glieder der gegenwärtigen republikanischen Regierung, die kaiserlichen und königlichen Fürstlichkeiten, die Führer der Reichswehr und Marine, die Exzellenzen von einst und die Autoritäten von heute teil.

Die polnische Presse ist der Ansicht, daß der Aufmarsch ein Bekenntnis zur Sehnsucht nach der Monarchie gewesen sei. Die Beteiligung der Regierung sei ein Auftrumpfen gegen Hitler.

Selbstverständlich ist die faschistische Presse Italiens über das Kriegsspiel in Deutschland sehr erfreut. Die „Tribuna“ bezeichnet den Aufmarsch als ein stolzes und eindrucksvolles Schauspiel. Der Stahlhelmtag habe diesmal mehr als sonst für die Monarchie Propaganda gemacht.

Indien in der Zange.

Der indische Vizekönig, Lord Willingdon, teilte am Montag vor der Gesetzgebenden Versammlung Indiens in Simla mit, daß die englische Regierung im November eine neue englisch-indische Konferenz nach London einberufen werde, um über die Verfassungsfragen Indiens zu verhandeln. Ziel der Konferenz sei, zu einer mit der englischen Regierungspolitik möglichst weitgehenden Vereinbarung über die noch ungelösten Fragen zu kommen. Die Ergebnisse und Empfehlungen der Konferenz würden dann dem indischen Parlament vorgelegt werden. Lord Willingdon betonte, daß die Konferenz im Gegensatz zu den bisherigen englisch-indischen Konferenzen unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden und sich von vornherein mit praktischen Fragen beschäftigen werde.

Zu den innerpolitischen Zuständen in Indien teilte Lord Willingdon den Beschluß der indischen Regierung mit, daß die Politik der festen Hand gegen alle terroristischen Bestrebungen fortgesetzt werden müsse. Diese Politik habe zu bemerkenswerten Ergebnissen geführt und den Ungehorsamkeitsfeldzug weitgehend unterdrückt. Um ein starkes Gegengewicht gegen die Tätigkeit der Kongreßanhänger zu gewährleisten, sei ferner beschlossen worden, einige der Notstandsverordnungen in ständige Gesetze umzuwandeln.

Hunger und Raub in der Mandchurei.

Der Ueberschwemmungs-Hilfsausschuß, der in der Nordmandchurei arbeitet, gibt in einem Bericht an, daß im Ueberschwemmungsgebiet eine Million Menschen in Hungersnot seien. In dem Gebiet zwischen Charbin und Tsitsikar ständen mehrere Flußtäler Tausende von Kilometern weit unter Wasser. Bei der ungeheuren Notlage der Bevölkerung haben die Räubereien sehr zugenommen. Viele Städte haben eine Selbstverteidigung gegen die herumziehenden Truppen von Plündernden organisiert.

Die chinesischen Meldungen, wonach sowjet-russische Flugzeuge im Dienst der chinesischen Roten Armee die Nanking-Regierung angegriffen hätten, werden von antlicher russischer Stelle energisch zurückgewiesen. In China befindet sich kein einziges russisches Flugzeug.

Bolivien will den Krieg?

v. La Paz, 6. September.

Der bolivianische Abgeordnete Molena hat im Parlament den Antrag eingebracht, Paraguay sofort den Krieg zu erklären.

In Quito ist der Belagerungszustand erklärt worden. Die Regierung kündigt gleichzeitig die Beschlagnahme aller Waffen an, die sich in Händen von Zivilisten befinden. In den sieben Tagen, die der Aufstand in Quito bisher gedauert hat, sind 800 Menschen ums Leben gekommen.

Der französische Haushalt in der Krise.

Der französische Haushaltsminister Palmade kündigte in einer Rede, die er am Sonntag in Saintes hielt, neue Steuerlasten an, da die bisher erzielten Sparmaßnahmen nicht ausreichen, um den Haushalt für das nächste Jahr ins Gleichgewicht zu bringen. Er wies darauf hin, daß man sich einer schärferen Besteuerung nicht widersetzen solle, da die Regierung sonst zur Bestreitung der Staatsausgaben zur Inflation greifen müßte, wenn sie ein Zahlungsmoratorium verhindern wolle. Eine Inflation sei aber gerade für Arbeiter, Angestellte und Beamte sehr unerwünscht.

Dieser letzte Hinweis läßt vermuten, daß die Regierung gerade die Arbeiter durch die Drohung mit der Inflation zur Annahme neuer gegen sie gerichteter Steuerlasten bewegen will.

Im Schein der „Ewigen Lampe“.

Nazi-Politik in Danzig.

Nachdem im Deutschen Reich die Freundschaft zwischen Hitler und den Nationalen des Herrenklubs in die Brüche gegangen ist, hält es auch die deutschgesonnene Danziger NSDAP für ihre Aufgabe, die entsprechenden Beziehungen zu lösen. Das Signal dazu wurde offiziell am Sonntag gegeben.

Die Parade.

Während auf dem Tempelhofer Feld in Berlin der „Stahlhelm“ an der Reichsregierung vorbeimarschierte, nahm der Hitlerische Stabschef Röhm in Danzig über 8500 SA-Leute die Parade ab und überbrachte die Grüße des „Führers“. Nach ihm sprach Prinz A u w i, der mit seiner Bemerkung, die Deutschnationalen im Reich wollten jetzt ernten, was die Nationalsozialisten gesät hätten, den Danzigern das Stichwort gab: Der Danziger Gauleiter der NSDAP gab in seiner abschließenden Ansprache bekannt, daß die Nationalsozialisten die Regierungskoalition in Danzig (Deutschnationale, Block der nationalen Sammlung und Zentrum) künftig nicht mehr unterstützen würden, sondern eine Neuwahl des Parlaments (des Volkstages) verlangten

Erinnerungen an den Sozialismus.

Das Danziger Nazi-Blatt „Der Vorposten“ bringt die parteiamtliche Begründung für den Abbruch der Tolerierungspolitik. Zunächst wird eine bewegliche Klage erhoben über die dem „Herrenklub“ entsprechenden Danziger Kreise, die in dem Verein „Ewige Lampe“ zusammengeschlossen seien. Seit einiger Zeit seien die Mitglieder dieses Vereins so unfreundlich zu den NS! Der deutschnationale Senator Hinz habe sogar geäußert: „Dieser Braunhemdentag (die Parade vom vergangenen Sonntag) ist der letzte Tag, an dem die Nationalsozialisten marschieren dürfen.“ Da solche Unfreundlichkeiten zur Herbeiführung der gewünschten Regierungskrise noch nicht hinreichen, hat sich die Danziger NSDAP auf den Sozialismus besonnen und am Donnerstag, dem 1. September, an den Danziger Senat ein Schreiben gerichtet, in dem sie die Aufhebung der Senatsverordnung vom August 1932 über die Kürzung der Erwerbslosen- und Wohlfahrtsunterstützungen verlangt und an ihrer Stelle eine Kürzung der Senatorengelälter und der Gehälter der höhe-

ren Angestellten fordert. Der Brief tritt ferner ein für einschneidende Hilfsmaßnahmen zu Gunsten der Danziger Landwirtschaft, für ein großzügiges Siedlungsprogramm, für Revision der Wohnungszwangswirtschaft sowie eine allgemeine Verwaltungsreform. Da der Senat — so erklärt die parteiamtliche Begründung — es unterlassen habe, auf diesen Brief eine eindeutige und klare Antwort zu geben, so müsse die NSDAP dieser Regierung die Möglichkeit nehmen, ihre unsoziale Politik weiterzuführen.

Im Schein der „Ewigen Lampe“.

Schade nur, wenn man im Eifer des Angriffs die Vorgeschichte der so heftig beförderten Verordnungen vergißt. Der Senat hat in seinem Antwortschreiben auf den Nazi-Brief erklärt, daß alle von dem jetzigen Senat getroffenen Maßnahmen im engsten Einvernehmen mit der Fraktion der NSDAP beraten und von den Regierungsparteien zusammen mit der NSDAP beschlossen worden seien.

Vor der Neuwahl des Volkstages.

Die Mahnung, die der Senat am Schluß seiner Antwort an seine bisherigen Gönner richtet, sie möchten doch gerade jetzt, vor der Tagung des Völkerbundsrats und den für diese Tagung angesetzten Beratungen über die Streitfragen zwischen Polen und Danzig, die nationalen Interessen im Auge behalten und sie nicht durch eine Regierungskrise oder die Auflösung des Volkstages gefährden, diese Mahnung wird vermutlich keine Beachtung finden. Die Nationalsozialisten gehen offensichtlich auf Neuwahlen aus, um auch in Danzig die in den vergangenen zwei Jahren im stillen angewachsene Sehnsucht der Nazi-Wähler (die vorigen Volkstagswahlen waren am 16. November 1930) in Erscheinung treten zu lassen.

Höchstwahrscheinlich kommen die NS im Volkstag mit ihrem Mißtrauensantrag gegen den Senat und ihrer Forderung nach Neuwahlen durch. Wenn die 13 Mann starke Fraktion der NSDAP in die Opposition geht, so wird die Regierung im Volkstag nur von 33 der 72 Abgeordneten gestützt. Die 39 übrigen Abgeordneten, die sich auf die Fraktionen der KP, der SP und der NSDAP verteilen, werden nach ihrer bisherigen Haltung voraussichtlich für eine Neuwahl des Volkstages stimmen

Die Mobilisierung der schwarzen Front.

Abschlußbetrachtungen zum Katholikentag.

S. H. Das Hauptthema des Essener Katholikentages: „Christus in der Großstadt“ war klug gewählt. Es traf die Fragen und Aufgaben, die für die aktiven, um die Herrschaft ihrer Kirche kämpfenden Katholiken heute im Mittelpunkt ihrer Sorge und ihrer Arbeit stehen; es war daher geeignet, fast allen Veranstaltungen der Tagung sein Gepräge aufzudrücken.

Daß die Fragen der Großstadt den Katholiken schwere Sorgen machen, drängte immer wieder hervor. Die Dogmen und Riten der Kirche wirken veraltet, überlebt; die Menschen der Großstadt gehen achtlos an ihnen vorbei. In Essen hat man sich das eingestanden. Aus der Rede von Frau Dr. Schlüter-Hermkes, Berlin, die auf diese Gefährdung des Katholizismus mit besonderem Nachdruck verwiesen hat:

„Seitdem Gott Mensch wurde, hat es keine Epoche in der Geschichte des Christentums gegeben, die in einem solchen Ausmaß und so selbstverständlich gottforn war, wie diese Zeit, die wir die unsrige nennen, und für die wir die Verantwortung tragen. An den Straßenecken, in den Bahnhöfen, in den Warenhäusern, auf den Spielplätzen steht kein Bildstock, kein Kruzifix, dem Kinder Blumen bringen, in den Hausnischen und -Eingängen brennen vor keiner Madonna Kerzen. Der durchschnittliche Europäer lehnt das Christentum nicht ausdrücklich ab, er setzt sich nicht mit seinen Geboten und Lehren auseinander, er bekämpft es nicht wie in den Zeiten der Religionskriege und der verschiedenen Kulturkämpfe. Was schlimmer ist: Er übersieht es, weiß nichts davon, es interessiert ihn nicht.“

Wenn wir im nächsten Jahrzehnt nicht ernst machen mit der verpflichtenden Arbeit an anderen, dann wird es um das Werk Christi auf Erden schlecht bestellt sein, dann wird der stärkere Glaube derer, die an das Kollektiv, an die Erde, an die bloße Natur, an den Leib glauben, unseren schwachen Glauben an Gemeinschaft, an Christo, an die Uebernatur, an die Seele besiegen. . . .

Die Kirchlichkeit von heute mutet manchmal an wie kleinbürgerlich, ja manchmal sogar wie spießbürgerlich. Das muß anders werden.“

Auf welchem Weg dieses „Anders-Werden“ vor sich gehen soll, das war der Gegenstand angestrengtester, fast möchte man sagen: verzweifelter Bemühungen. Es geht für die Kirche um eine Lebensfrage, Gleichgültigkeit und Ablehnung treffen sie in einem Punkt, in dem sie, die in Nebendingen ab Wandelbare und Anpassungsfähige, den Bedürfnissen der Zeit auch

nicht einen Schritt entgegenkommen kann, ohne sich selber aufzugeben: in ihrem dogmatischen Lehrgebäude und den unmittelbar daran geknüpften kirchlichen Gebräuchen und Forderungen (Messe, Beichte, Priestergehlde u. ä.) hat sich allen gestellt, wird die Verkündung dieser Lehren den verloren gegangenen Boden im gesellschaftlichen Leben gewiß nicht zurückerobert. Bei der altmodischen und zufälligen Art, in der die Dogmen der Kirche bildliche Vorstellungen mit Bruchstücken von Gedanken und Ideen zu einem starren, weder den Geschmack noch das sittliche Gefühl ernsthaft ansprechenden Gebilde verbinden, wirken sie nicht nur abgestanden und überholt; sie sind es auch.

„Nicht abstrakte Gedankengänge, nicht apologetische Beweisführungen, nicht fromme Melodien wirken in Fabriken und Bergwerken. Grundsätze allein tun es nicht.“

Und doch ist die Kirche darauf angewiesen, ihren Grundsätzen Geltung und Beachtung zu erzwingen, wenn es nicht mit ihrer Herrscherstellung endgültig vorbei sein soll.

Drei Wege, den Einfluß der Kirche zu sichern, ohne mit der fragwürdigen Verkündung ihrer Lehre zu beginnen, sind auf dem Essener Katholikentag durchberaten und durch Einzelvorschläge ausgebaut worden:

Der erste Weg: die Kinder- und Jugendarbeit.

Diese Arbeit stand in Essen nicht nur zur Erörterung; die Jugend, der diese Arbeit gilt, war selber vertreten. Die „Germania“ berichtet darüber:

„Der Katholikentag erhielt von Anfang an ein besonderes Gepräge durch die riesig große Anzahl von Jugendlichen, die aus allen Gauen Deutschlands nach Essen geströmt waren, um Bekenntnis für Christus abzulegen. Zehntausende von jungen Katholiken waren es, die meisten in der schmucken Kleidung irgend einer der Jugendorganisationen. Es war ganz selbstverständlich, daß diese Jugend, die unsere große Hoffnung ist, in einer eigenen Veranstaltung Zeugnis für ihren König Christus ablegte. Sieht man sich diese Jugend an, diese Jugend mit dem frohen Blick, die keine Lebensmüdigkeit kennt, weil für sie der Sinn des Lebens in der Verherrlichung Christi besteht, dann schaut auch der Ältere mit mehr Zuversicht in die Zukunft. . . . Man sagt nicht zuviel, wenn man diese Jugendkündigung als eine der glanzvollsten Veranstaltungen des Essener Katholikentages bezeichnet. Hier war die Zukunft und die Hoffnung des deutschen Katholizismus. Und diese Hoffnung — Essen hat das erneut gezeigt — ist auch in der Großstadt, und gerade dort auf dem Vormarsch.“

Diese Jugendorganisationen bauen planmäßig auf der Kinderarbeit auf — darin liegt ihre Kraft. Die Helferversammlung der katholischen Reichsarbeitsgemeinschaft „Kinderwohl“ — der katholische Gegenschlag gegen die sozialistischen „Kinderfreunde“ — war eine der wenigen Veranstaltungen, deren Bericht ruhig, sicher und nicht von Sorge diktiert klingt.

„Ueber 42 Zeltlagern katholischer Volksschuljugend wehten in diesem Sommer 1932 die Christusbanner, eine Tatsache, die am sichtbarsten das Wachstum zielbewusster katholischer Freizeitarbeit am Kind offenbart. . . . Viele Tausende katholischer Kinder in Kindergruppen und Kindergemeinschaften tragen heute stolz und freudig das kleine schlichte Silberkreuz als Christi junge Schar.“

„Katholische Kinder“ — in Wahrheit sind es nur die Kinder katholischer Eltern; aber sie werden der Kirche eingegliedert und ihrem Einfluß ausgesetzt in einem Alter, in dem es noch möglich ist, ihren Verstand den Lehren der Kirche zu beugen, ohne seine Gegenwehr fürchten zu müssen. Daher der Erfolg dieser Arbeit, darum die Empfehlung des Bischofs: „Kinder sind die Lieblinge Jesu und den Bischöfen vom Heiligen Vater besonders ans Herz gelegt.“

Der zweite Weg:

Ausbau und Pflege des organisatorischen Einflusses der Kirche auf das öffentliche Leben.

Die Vertreterversammlungen des Katholikentages überschlugen sich in dem Eifer, Vorschläge auszuarbeiten: Katholische Eheberatungsstellen; freie Wohlfahrtsunternehmungen; Einfluß auf die Wohlfahrtsgesetzgebung; Förderung der Siedlungspläne, der Arbeitsbeschaffung, Ueberwachung der katholischen Presse, der Literatur, des Polizeiberufes; Exerzitien für den journalistischen Nachwuchs, Verbesserung des „Schund- und Schmutzgesetzes“; Filmproduktion und Beeinflussung des Rundfunks; Organisation eines katholisch zulässigen Sportbetriebs; Volkshochschularbeit.

Hinter den Kulissen des Katholikentages.

Dollfuß statt Papen.

Den Katholikentag als bloßen Zentrumsparteitag zu kennzeichnen, wie es die Reichspresse zum Teil tut, schießt weit übers Ziel hinaus. Andererseits ist es selbstverständlich, daß die Führer der katholischen Organisationen von der katholischen Kirche selber angefangen bis zur Polizeisorg und bis zum „Deutschen Verein vom Heiligen Land“ politische Ziele verfolgen, d. h. den Machtkampf gegen alles, was nicht katholisch ist, organisieren. In diesen politischen Fragen wirbelte natürlich das Problem, wie es mit den katholischen Regierungsvertretern, vor allem dem amtierenden Reichskanzler Papen sein werde, viel Staub auf. Er war nicht da. Wie es in einem Teil der Presse heißt, soll er auf eine Anfrage die Antwort erhalten

Aus der Betriebsamkeit all dieser Pläne und Vorschläge tönt deutlich, vielleicht am schärfsten unter allen Ansätzen, die in Essen geprüft und erwogen wurden, der Appell heraus: Es muß gelingen, neue Zugangsstraßen zu den Menschen der Großstadt zu finden, auf denen diese den Verkehr mit dem Kruzifix und der Madonna wieder aufnehmen. Keine leichte Aufgabe, denn was sollte eigentlich bei noch so gut, modernen und großzügig geleiteten Wohlfahrtsanstalten, Kinos oder Sportverbänden einen Menschen veranlassen, sich Dogmen zu unterwerfen, mit denen weder er noch die Veranstaltung im Grunde etwas zu tun hat? Zwei Kräfte gibt es, die der Kirche diesen Dienst leisten — in Essen hat man sie begreiflicher Weise nicht erwähnt: Die Not, die den Empfänger von Wohltaten an seinen Wohltäter bindet, und die Furcht, die einem Menschen noch aus seiner Kinderzeit in den Knochen sitzen kann, selbst wenn er verstandesmäßig ihre Grundlage, die Höllen- und Himmelsvorstellungen, überwunden hat; die aber nur eines Anstoßes bedarf, um von neuem im Beichtstuhl die Herrschaft über ihn zu gewinnen.

Der dritte Weg, anscheinend der geistigste:

„Als mit Glockengeläut von allen Pfarrkirchen Essens am Samstagabend der Tag der großen Katholikentagkündigung eingeleitet wurde, peitschte der Sturmwind wieder dicke Regenschwaden über die Stadt. . . . In schweigender Prozession zog man durch die dunklen Straßen der Großstadt, lohnende Fackeln in Händen, die am Ewigen Licht der Pfarrkirchen angezündet worden waren.“

Durch alle Pfarreien zog diese nächtliche Demonstration für Christus, die die große Idee dieses Katholikentages kraftvoll versinnbildlichen sollte. Die Lichterzüge der Altstadt mündeten auf den Burgplatz, der im Schein der zusammengeworfenen Fackeln mit den dunklen Konturen des ehrwürdigen Münsters an der einen und den Handels- und Geschäftshäusern an der anderen Seite wie ein Sinnbild der ganzen Tagung wirkte. Fanfaren erklangen. Viele Tausende standen hier unbeirrt durch die Unbilden des Wetters und legten Zeugnis ab für die Idee: „Christus in der Großstadt!“ Machtvoll klang ihr Bekenntnis in die Nacht hinaus. Ein Hoch auf den Kardinal wurde ausgebracht. Dann klang das gesungene Jugendbekenntnis aus tausend Kehlen: „Wann wir schreiten Seit' an Seit', Christus, Herr der neuen Zeit.“

Die Kirche sucht nach neuen Symbolen, mit denen sie ihre Gläubigern erfassen und zusammenschließen kann. „In schweigender Prozession“, die Reibungen und Hemmungen des Dogmas zurückdrängend. . . . Was bleibt, ist die Demonstration der „Ueberzeugungskraft eines sich mit allen Kräften einsetzenden lebendigen Menschen“.

Von dieser einheitlichen Willenskündigung geht eine Macht aus, und die Kirche versteht es, diese Macht einzusetzen.

Wie ist diese Machtentfaltung möglich, die selber vom Aberglauben lebt? Bei Licht besehen: Nur dank der Schwäche unseres Zeitalters, das im Relativismus versunken ist und in dem daher schon das blinde Festhalten an irgend einer Weltanschauung den Glorienschein der Ueberzeugungstreue zu haben scheint, selbst wenn diese Weltanschauung die Klarheit der bestimmten Sprache scheut und ihren Inhalt aus dem Dämmer von Fackelzügen entnimmt, die die nächtliche Stille einer Großstadt ausnutzen.

Geistesfreiheit über Essen!



In Essen findet am Sonntag, dem 11. September, der vom Deutschen Freidenker-Verband einberufene Kulturtag statt. Es ist kein Zufall, daß sich die Freidenker gerade in Essen versammeln, der Stadt, die den diesjährigen Katholikentag, die Heerschau der Schwarzen Internationale, in ihren Mauern sah. Es gilt, den Menschen des Schwarzen Reviers, den Kumpels über und unter Tage, den Arbeitern an Maschine und

laufendem Band, den Kumpels ohne Arbeit, denen, die an den Stempelstellen Schlange stehen, die zu Hause nur Bilder des Elends und der Verzweiflung sehen, zu sagen, zu zeigen:

Genossen, es ist nicht nötig, daß Ihr stempelt, daß Ihr hungert, friert!

Kein Naturgesetz — und auch kein göttlicher Wille! — hat diese Welt zum Jammertal bestimmt. Es ist das Unrecht, von Menschen dem Menschen angetan, das Eure Kraft friert, das Euch müde und verzweifelt macht. Und dieses Unrecht deckt, schützt, fördert die Kirche mit ihren Lehren! Unter dem Mantel der Barmherzigkeit verbirgt sie ihr wahres Gesicht, das den Starken dieser Welt allen Schutz angeheißt, während der Arme weiter darbt. Dieses sehen, dieses begreifen, heißt Freidenker werden, Kämpfer gegen Verlogenheit und Heuchelei.

Die Notwendigkeit dieses Kampfes der Unterdrückten gegen die geistigen Urheber ihrer Not will der Kulturtag in die Köpfe hämmern. Er will sie in die Köpfe, in die Hirne gerade der Arbeiter hämmern, über die die schwarze Flut eines Katholikentages hinweg gespült ist. Dieser Kulturtag will sie aufrütteln, aufpeitschen, daß eine andere Gewißheit als die der Kirche Besitztum der Entrechteten wird, nämlich die: Hilf Dir selber! Denn Du hast die Kraft dazu!

Der Kulturtag soll unsern Gegnern, aber auch unseren Freunden und Genossen zeigen, daß wir wach sind. Er soll ihnen zeigen, daß wir uns nicht ducken werden und vor dem Ansturm der Reaktion nicht ins Mausloch kriechen. Ein Signal, ein Alarm soll dieser Kulturtag werden! Es gilt, die gezeigten Reaktion ein Bündnis der Arbeiterschaft entgegenzusetzen, das kraftvoll und warnend zugleich dem Feinde Achtung abzwängt, und das darüber hinaus in allen, die an einer freien, schöneren Welt mithelfen wollen, die Zuversicht weckt, daß wir eine Kultur auf eigenem Boden zu schaffen vermögen.

Genosse! Darum geht auch dieser Kulturtag Dich an! Gleichgültig, ob Du Mitglied des Deutschen Freidenker-Verbandes bist oder nicht: Du sollst mitmarschieren am 11. September in Essen in den Reihen des kämpfenden Proletariats

für Geistesfreiheit, Recht und Kultur!
Du sollst Deine Grüße senden, Deine Vorschläge; Deine Teilnahme hilft den Genossen an der Ruhr!

Not-Block

haben, daß sein Kommen nicht erwünscht sei. Die „Berliner Börsenzeitung“ weiß von einem weit „taktloseren“ Verhalten der „Essener Zentrumstagung“ zu melden: „Man hat den Reichskanzler von Papen nicht nur nicht eingeladen, sondern man hat ihn, ohne daß er sich mit einem Ersuchen um eine Auf-forderung zur Teilnahme an irgend jemandem gewandt hätte, und ohne daß er die Absicht geäußert hätte, an der Essener Tagung teilzunehmen, von vornherein und für alle Fälle wissen lassen, er möge doch nicht an der Essener Tagung teilnehmen!“ Das halbamtliche Regierungsblatt weiß sich dieses Verhalten des Fürsten Löwenstein, des ständigen Kommissars der Katholikentagung, das es als einen Skandal bezeichnet, nicht anders zu erklären als aus der Angst der Veranstalter von der Gefährdung der reinen parteipolitischen Linie.

Wie auch die Sache stehen mag, ob Papen sich eingeladen hat oder ob man ihm von vornherein abgewinkt hat — es wird schon so sein, daß das Zentrum keine besondere Veranlassung sah, dem Katholikentag die höhere weltliche Weihe durch das Erscheinen des deutschen Regierungschefs zu geben, dem gegenüber das Zentrum zur Zeit eine oppositionelle Haltung einnimmt. Auch ist bekannt, daß die Unterhandlungen mit den Nazis von selten des Zentrums nur für die Dauer des Katholikentages unterbrochen worden sind. Die Zentrumsleiter werden es also für klüger gehalten haben, auf dem Katholikentag nicht mit Herrn von Papen eine konfessionelle Front zu bilden, die sie in dem politischen Bereich wieder aufbauen wollen.

Auffallend in diesem Zusammenhang ist auch, daß die Ansprache Dr. Brächts, der als Vertreter Preußens in Essen gesprochen hat, von der „Germania“ völlig totgeschwiegen worden ist — worüber Herr von Papen und Herr Bracht selber sehr merkwürdig berührt sein sollen. Der Katholikentag hat also die führenden politischen Katholiken einander keineswegs näher gebracht.

Dafür scheint eine andere politische Spannung gelöst worden zu sein: Man erinnert sich, daß das Lausanner Protokoll, das Oesterreich den Anschluß an Deutschland versagt, von den Christlich-Sozialen in Oesterreich in erster Linie gestützt worden ist — zur großen Bestürzung der deutschen Bruderpartei, das Zentrums. Die „Germania“ hatte hierzu geharnischte Artikel losgelassen. Jetzt war Dollfuß, der österreichische Bundeskanzler, der die Annahme des Protokolls im Nationalrat vertreten hat, in Essen. Zur Besiegelung der offenbar wieder geschlossenen Freundschaft — wodurch das Zentrum nun eigentlich plötzlich beruhigt ist, ist bisher nicht bekanntgegeben worden — ist der nächste deutsche Katholikentag nach Wien einberufen worden. Die gemeinsame Demonstration für den einigen deutschen Katholizismus hat sich anscheinend stärker gezeigt als der trennende Streit um den Anschluß, den die Oesterreicher in diesem Fall um der Anleihe willen zurückgestellt haben — wenn die gemeinsame Demonstration des „deutschen Südens“ nicht als Spitze gegen den Preußengeist gedacht ist.

Verrat an der Wahrheit.

Vom Physiologen-Kongreß in Rom.

In Rom findet zur Zeit eine wissenschaftliche Tagung statt, an der 800 Forscher aus insgesamt 37 verschiedenen Ländern teilnehmen, Physiologen, die einander von dem unterrichten wollen, was sie an naturgesetzlichen Zusammenhängen im Leben von Pflanzen und Tieren neu aufgedeckt haben.

Die Teilnehmer dieses Kongresses haben sich fast vollzählig vom Papst empfangen lassen, obwohl nur ein kleiner Teil von ihnen katholisch ist. Angeblich haben sie im Papst einen Mann ehren wollen, „der seine Jugend der Wissenschaft geweiht“ habe. Ein merkwürdiger Grund, wenn nicht zugleich die Frage aufgeworfen wird, wie dieser Mann jetzt in seinem Alter zur Wissenschaft steht. Der Papst selber hat in seiner Dankansprache Anhaltspunkte dafür gegeben: Er erwähnte, daß die Begrüßung der Kongreßteilnehmer nicht lange nach der von ihm vorgenommenen Reform der päpstlichen Hochschulen erfolgt sei und ebenfalls nicht lange nach der Heiligprechung und der Verleihung des Dokortitels an Albertus Magnus, eines Philosophen, Theologen und Naturforschers des Mittelalters.

Die Studien, die an katholischen Hochschulen getrieben werden, sind an die Glaubenslehren der katholischen Kirche gebunden und verdienen schon darum nicht den Namen der Wissenschaft, mögen sie im übrigen so eingehend und gründlich sein, wie sie wollen. Denn wissenschaftliche Forschung verlangt eine vorurteilslose Prüfung jedes Urteils, auf das

die weiteren Überlegungen gestützt werden sollen, und kann daher keine dogmatische Bindung an irgend eine der wissenschaftlichen Nachprüfung entzogene Lehre anerkennen. Die Rangerhöhungen, die der Papst toten Menschen glaubt zuerteilen zu können, zeigen zur Genüge, in welche Vorstellungen die katholisch gebundene „Wissenschaft“ sich verstrickt.

Daß Menschen, die selber dem katholischen Dogmatismus nicht verfallen sind und bei denen man — um ihrer Tätigkeit als wissenschaftlicher Forscher willen — ein Verständnis für die Freiheit und Kraft menschlichen Erkennens voraussetzen kann, die Huldigung ausgerechnet der wissenschaftlichen Leistungen des Papstes ehrlich gemeint haben sollten, glauben wir nicht. Was sie sonst zu diesem Besuch veranlaßt hat, wissen wir nicht. Vielleicht Neugier, den Vorsitzenden einer die Erde umspannenden Organisation zu sehen? Der Ehrgeiz, mit diesem Mächtigen gesprochen zu haben? Die Verehrung der bloßen Macht, die in seinen Händen liegt? Mag dieser Anlaß gewesen sein, was er will — er ist im Grunde gleichgültig. Entscheidend ist aber eins: Daß diese Männer, die wegen der Freiheit zur Forschung, die sie genießen, verantwortlich dafür sind, daß durch ihre Arbeit das Gut des freien Denkens in der Menschheit hochgehalten wird, mit ihrem Besuch beim Papst dieser Verantwortung entgegengedient haben. Sie haben damit die Würde ihrer Wissenschaft verraten, und die Wahrheit, der zu dienen ihre Aufgabe ist.

Der Weberstreik „gebilligt“.

Auf dem englischen Gewerkschaftskongreß, der am Montag in Newcastle eröffnet wurde, nahm der Hauptausschuß eine Entschließung an, wonach die Streikbewegung in Lancashire voll und ganz von den Gewerkschaften unterstützt wird. Der Gewerkschaftsrat beschloß,

dem Streikfonds der Weber 1000 Pfund beizusteuern.

Das ist gewiß eine klägliche Summe, da es sich um die Unterstützung von über 150 000 Arbeitern handelt. Dem Generalrat der Gewerkschaften steht es unter diesen Umständen umso weniger an, Hetzartikel gegen die „Rote Hilfe“ loszulassen, die für sie zwar eine „kommunistische“ Organisation ist, aber doch längst Sammlungen zur Unterstützung der Streikenden veranstaltet hat, während die Gewerkschaften mit ihren 3½ Millionen Mitgliedern bisher nicht einmal eine Sammlung für die streikenden Weber gemacht haben.

Der englische Arbeitsminister hat Vertreter der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände zu einer Zusammenkunft mit Regierungsvertretern aufgefordert. Er macht gleichzeitig Vorschläge zur Beilegung des Weber-Konflikts.

Der holländische Seemannstreik.

Nachdem die Gewerkschaften den ersten Vermittlungsvorschlag des holländischen Reichsrichters abgelehnt haben, hat dieser einen neuen Vorschlag gemacht, mit dem die Arbeitgeber und die christlichen Gewerkschaften einverstanden sind. Dieser Vorschlag sieht die Verlängerung des bisherigen Tarifvertrages bis Ende März 1933 für fünf Gesellschaften vor, während auf die übrigen die Tarifverträge anderer Schiffsgruppen angewandt werden sollen. Die freien Gewerkschaften lehnten auch diesen Vorschlag ab und forderten die Verlängerung des bisherigen Abkommens bis zum 31. März 1933 für alle Gesellschaften.

Militär als Streikbrecher.

Um das holländische Streikgebiet zu meiden, legte der aus Amerika zurückkehrende Dampfer „Rotterdam“ nicht in Rotterdam, sondern in Boulogne an und wollte dann von Southampton aus wieder nach New York zurückfahren. Auf der Fahrt nach Southampton verweigerte ein Teil der Besatzung die Arbeit. Die Direktion der Holland-Amerika-Linie hielt dies für Tarifbruch, da die Verträge die Möglichkeit vorsehen, daß das Schiff nicht nach dem Heimathafen zurückkehrt. Deshalb schickten die holländischen Behörden 30 Mann Marinetruppen mit einem Leutnant an Bord der „Rotterdam“, die dann vor dem belgischen Feuerschiff „West Hinder“ vor Anker ging.

Die Direktion hat sich inzwischen entschlossen, die „Rotterdam“ doch nach Holland zurückkehren zu lassen.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Erfurt: Sonnabend, 10. September, 20 Uhr, im Volkshaus, Johannesstraße, Hintergebäude. Thema: Die politische Lage nach dem Burgfrieden.

Göttingen: Freitag, 9. September, 20.30 Uhr, im kleinen Saal des Volksheims. Thema: Die Diktatur der Junker und Generäle. — Die Waffe der Arbeiterschaft. Redner: Karl Eckerlin (Kassel).

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Deutsche Liga für Menschenrechte. Ortsgruppe Berlin, Westen III.

Donnerstag, den 8. September, 20 Uhr, Pilsator am Stadtpark (Schöneberg, Insbrucker, Ecke Freiherr-v.-Stein-Straße, Untergrundbahn Stadtpark). Konstituierende Mitgliederversammlung.

Thema: Notverordnungen und ihre Wirkungen. Gäste können eingeführt werden.

Die zu Zuchthausstrafen verurteilten spanischen Generäle Garcia de la Herran und Oberst Infante wurden in die Strafkolonie San Miguel de los Reyes eingeliefert.

Sämtliche Schulen im Amt Malchin in Mecklenburg-Schwerin sind geschlossen worden, weil in Dargun die spinale Kinderlähmung bei einem Kinde als sicher, bei zwei weiteren als wahrscheinlich festgestellt worden ist. Auch Landkindern, die städtische Schulen besuchen, ist der Schulbesuch untersagt worden.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lipmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 3a. Tel.: F 7 Jannowitz 8909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 29/30.

Grzesinski in Köln.

„Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren ...!“

E. L. Die erste Versammlung in Köln nach dem Burgfrieden: die „Eisernen Front“ hat aufgerufen zu einer Massenkundgebung, in der Grzesinski und Sollmann über das Thema „Sozialismus als Volksziel“ sprechen.

Die Rheinlandhalle ist gut besetzt: 6000 bis 7000 Arbeiter sind gekommen, um ihre Führer nach so langem Schweigen wieder zu hören. Unter roten Fahnen zieht die Arbeiterjugend ein, mit festem, schwerem Schritt die Hammerschichten, das Reichsbanner — ein schöner kräftiger Aufmarsch. Aus vielen Gesichtern spricht trotzdem nichts als stumpfe Gleichgültigkeit; aber auf anderen sieht man Erwartungen — Fragen: Warum sind unsere Genossen davongejagt worden, warum haben sie sich kampfflos davonjagen lassen? Und vor allem wollen diese Menschen eine Antwort auf die brennendste Frage: Was jetzt tun?

Grzesinski ergreift das Wort. Er liest den größten Teil seiner Rede vom Manuskript ab. Er spricht kalt, vorsichtig, entschuldigend, bekommt keine Verbindung mit seinen Genossen. Was hat er ihnen aber auch zu sagen?

Zum 20. Juli stellt er zwei Fragen: 1. Wäre die Verjagung der Preußen-Minister zu vermeiden gewesen? 2. Warum haben wir uns nicht gewehrt?

Zu 1: Papen hätte in einer Unterredung mit Stampfer und Wels von dem physikalischen Gesetz des politischen Pendelschlags gesprochen, das jetzt nach rechts gehe. Das sei richtig. Wir mußten uns mit dieser Tatsache abfinden und hätten nur durch Aufklärung dafür zu sorgen, daß das physikalische Gesetz weiter in Kraft bleibt (!) und bis demnächst durch die Erfahrungen mit einer Rechtsregierung das Pendel sich wieder nach links bewegt.

Zu 2: Warum habt Ihr Euch nicht gewehrt: Dazu sagt Severing: „Wir haben am 20. Juli nicht zum Kampf aufgerufen, weil (Zwischenruf: Nicht die Courage!), weil das Volk bereits am 24. April entschieden hatte, und weil wir der Reaktion in Deutschland diesen Gefallen nicht tun wollten. Am Abend des 20. Juli hätte sonst Hitler in Hamburg gesagt: „Heute werden die Gewerkschaften den Generalstreik verhängen, und die SA und SS wird gemeinsam mit der Reichswehr diesen Generalstreik niederschlagen.“ Darum also kein Kampf! Nicht ein Wort darüber, daß die geeinigten Arbeiterschaft, wenn sie aufsteht, eine Macht ist, daß der Generalstreik in den Händen einer solchen Arbeiterschaft eine ungeheuer scharfe Waffe bedeutet — nein: „Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren (!), sondern mit des Geistes Schwert wollen wir den Kampf führen.“

Es spricht für die Versammlung, daß bei all diesen kläglichen Entschuldigungsversuchen eisige Stille in der Menge herrschte. Es spricht gegen die Versammlung, daß ein kommunistischer Zwischenrufer sofort hinausgesetzt wurde, und daß der einzige brandende Beifall, den Grzesinski erntete, harscher gerufen wurde, durch einen Arbeiter, der die KP — er nannte sie „das Unglück der deutschen Arbeiterschaft“.

Sollmann unterschied sich in seiner Rede nur dadurch von Grzesinski, daß er Verbindung mit seinen Zuhörern hatte und radikalere Worte gebrauchte. Auf die Frage: „Was tun?“ hatte auch er keine Antwort. —

Unbefriedigt und enttäuscht verließen dann auch viele Genossen diese — äußerlich so gut gelungene — Kundgebung, die ein Bild der erbärmlichen Hilflosigkeit der SP-Führer gab. Ich hätte ihnen zurufen mögen: Begreift endlich das Wort von Karl Marx: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selber sein; kämpft und bildet die Einheitsfront — auch gegen den Willen eurer Führer!“

Erfolgreicher Protest.

In Nr. 197 berichteten wir, daß der in Ungarn verhaftete Schriftsteller Karikas vor ein Schnellgericht gestellt werden solle. Inzwischen hat die Französische Liga für Menschenrechte durch Vermittlung der französischen Regierung erreicht, daß Karikas nicht dem Sondergericht zugewiesen wird, das Sallay und Fürst verurteilt hat, sondern daß er im Herbst vor ein ordentliches Gericht gestellt wird.

Die amerikanische Negerin, Ada Wright, die für die Rettung der unschuldig zum Tode verurteilten acht Negerjungen von Scottsboro, von denen zwei ihre Söhne sind, in Europa Unterschriften sammelt, ist in Prag verhaftet worden, da sie „durch Einmischung in innerpolitische Angelegenheiten der Tschechoslowakei deren öffentliche Ruhe und Ordnung gefährde“. Ada Wright wünscht den Präsidenten der Tschechoslowakei, Masaryk, zu besuchen.

Kommunistenhetze in Polen.

Die polnische Polizei nahm den am Sonntag in Warschau stattgefundenen kommunistischen Jugendtag zum Anlaß zu zahlreichen Hausdurchsuchungen bei Kommunistenführern, von denen zwanzig verhaftet wurden. Die Polizei deckte dabei eine kommunistische Geheimdruckerei auf, in der angeblich das Werbematerial der KP für ganz Polen hergestellt worden ist. Um zu verschleiern, daß die Druckerei kommunistisch war, hatten die Kommunisten im Vorzimmer ein Muttergottesbild und ein Bild von Pilsudski aufgehängt.

Bei einer Demonstration der kommunistischen Jugend kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, die mehrere Schüsse abgab und dabei eine Frau tötete.

Zu blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und Polizei kam es bei einer Erwerbslosen-Kundgebung in Puerdollano in Spanien, bei der 16 Personen verhaftet wurden. Als die Arbeiter die Gefangenen wieder befreien wollten, schoß die Polizei in die Menge. Dabei wurde ein Arbeiter getötet, und vier wurden schwer verletzt.

Erstklassige Maßarbeit Anzüge Herren-Mäntel Damen-Mäntel Kostüme Tadelloser Sitz Schönheit MAGDEBURG O.v. Guerickestr. 104, H.r.L. Stoffmuster vorrätig.	Das Haus der guten Schuhe H. Ebel Berlin N 65, Maxstr. 27 Reinickendorf, Residenzstr. 97/98 Telefon: D 8 Wedding 2398 Bei Vorz. d. Inserates 5% Rabatt! Anfertigung eleganter Damengarderobe und Reformkleidung J. Fürchtenicht Göttingen, Nikolausberger Weg 87.	Freunde und Leser des „Funkens“! Unterstützt Euro Zeitung! Wert Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Verzeiht bei Einträgen unsere Inserenten!
---	---	---

A. JANISZEWSKI
 BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH
druckt Flugblätter,
 Zeitungen,
 Zeitschriften
 und jede Art
 Geschäfts-
 drucksachen
 Berlin SO 36, Elisabethufer 29-30
 Telefon; Nummern: F 1 Moritzplatz 6471

Auch im Sommer
 sind getrocknete Bananen ein
 ideales Nahrungsmittel, wohl-
 schmeckend und nahrhaft.
 Post-Päckchen 4 Pfund brutto
 nur 8,— M. frei Haus.
 Vorauszahlung auf Postscheck-
 Konto Magdeburg 179 24 erbeten.

Frischkost-Reformhaus
 Magdeburg, O.-v. Guericke-Str. 104.

BERLIN
KAMERA
 Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2967.
 Ab 6. September: A. Room:
Menschenarsenal
 Ein Russenfilm
 Ferner: Die Affen von Suchum
 Anfangszeitung: 17, 19 und 21 Uhr.

**Von der Kunst,
 zu philosophieren.**
 Von Leonard Nelson.
 35 Seiten. Geheftet 0,45 Mark.
 Sonderdruck aus der seit langem vergriffenen Schrift:
 „Die Reformation der Philosophie durch die Kritik der Vernunft.“

„Wie alle Arbeiten Nelsons zeichnet sich auch diese durch vortreffliche Klarheit und Schärfe der Gedanken aus. ... An dem Buche darf keiner, der sich für philosophische Fragen interessiert, vorübergehen.“
 „Wissenschaftlich-pädagogische Rundschau“ Nr. 41.
 „Ein Buch, gerade auch für Arbeiter.“
 Die einfache und klare Sprache macht das Buch für jeden Arbeiter verständlich. Das Buch enthält keine für den Arbeiter unverständlichen „Professorenweisheiten“, sondern jeder Gedanke wird klar entwickelt.“
 „Der Funke“ Nr. 86.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 3a.

Zeitungen in Uniform.

Fünf Abendzeitungen vom Montag und die „Rote Fahne“ vom Dienstag, wurden durch den kommissarischen Verwalter Preußens auf Grund der Notverordnung vom 4. Juni in eine Uniform gepreßt: Sie mußten in großer Aufmachung über die ganze Breite des Blattes hinweg, unter dem Titel: „Die Schuld von Ohlau“, einen Auszug aus der Ohlauer Urteilsbegründung bringen.

Die fragliche Notverordnung sollte ihrem Wortlaut nach dem Zweck dienen böswillig entstellte Tatsachenberichte zu korrigieren. Hier ist sie lediglich dazu benutzt worden, der einen juristischen

Beurteilung

der Ohlauer Tatbestände eine andere gegenüberzustellen. Hätten die Zeitungen die Zeugenaussagen gefälscht, so wäre eine Auflagenachricht verständlich und berechtigt gewesen. Von einem solchen Vorwurf ist aber in der Auflage keine Rede. Die Bestrafung der Zeitungen kann also lediglich deshalb erfolgt sein, weil sie sich angemaßt haben, sich selber über die Beurteilung der Zeugenaussagen Gedanken zu machen, wobei sie — was keineswegs gegen Verstand und Rechtsgefühl dieser Journalisten spricht — zu einem anderen Ergebnis gekommen sind als das Gericht.

Am Montag Reichstag.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat einen Antrag beim Reichstagspräsidenten eingereicht auf Einberufung des Reichstages zum 8. September. Sie beantragt, auf die Tagesordnung zu setzen:

1. Politische Erklärung der Reichsregierung; damit verbunden die Mißtrauensanträge der kommunistischen Reichstagsfraktion gegen die Regierung und gegen einzelne Mitglieder der Regierung.

2. Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung; damit verbunden die Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion auf Aufhebung der Notverordnungen der Papen-Regierung.

3. Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion auf Aufhebung der Notverordnung über die Bildung von Sondergerichten sowie Aufhebung der bisher von den Schwurgerichten verhängten Urteile.

Reichstagspräsident Göring hat den Kommunisten mitgeteilt, daß das Reichstagspräsidium am Sonnabend von Hindenburg empfangen würde, und daß der Reichstag auf Montag, den 12. September, einberufen worden sei. Auf der Tagesordnung steht bisher nur die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Die Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum werden, nachdem der Katholikentag in Essen nunmehr beendet ist, fortgesetzt werden. Daß dabei noch längst nicht alle Schwierigkeiten einer Verständigung behoben sind, geht aus Mittellungen der „Bayrischen Volkspartei-Korrespondenz“ hervor, die besagen, daß „eine ehrliche Einigung über die einzuschlagenden Wege“ bisher noch nicht erreicht worden ist. Ueber die Richtung, in der zur Zeit die Verhandlungen gehen sollen, heißt es: „Es geht um die Frage, im Reichstag eine Front zu bilden, die einer Regierung und vor allem dem Reichspräsidenten ein verfassungsmäßiges Regieren ermöglichen. . . . Ganz wichtig ist es, gar von einer Aktion gegen den Reichspräsidenten zu sprechen.“ Befürchtete Begriffsverwirrungen entstehen dann, wenn man sich absolut auf Personen versteift und in diesem Falle alles auf den Namen Papen einstellt.“ Offenbar versteift sich die Absicht der schwarz-braunen Koalition aber doch darauf, eine Person zu erledigen, nämlich Papen. Es mit dem Reichspräsidenten nicht zu verderben, haben Brüning und Hitler gewiß nie für sehr klug gehalten.

Nazis provozieren im Berliner Norden.

Auf dem Gesundbrunnen, in der Buttmanstraße, kam es am Montag Abend zu einem Zusammenstoß zwischen Nazis und kommunistischen Arbeitern, bei dem es einige leicht Verletzte gab. Die Polizei verhaftete 55 Nationalsozialisten und 4 Arbeiter. Wie die „Rote Fahne“ mitteilt, handelte es sich um einen Protest von Arbeitern gegen die Eröffnung einer neuen Nazikasernen in der Buttmanstraße 2 im Lokal Döhne, der von seiten der Nazis mit Pistolenfeuer aus der Kneipe heraus beantwortet wurde.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

In einer Küche des Berliner Ostens, wo er in den letzten Nächten Unterschlupf gefunden hat, ist Barth sehr spät aufgewacht. Er nahm schnell einen Schluck Kaffee, dann machte er sich mit einem Genossen auf den Weg. Für 12 Uhr hatte er eine Verabredung mit Däumig und Liebknecht.

Er sitzt in einer kleinen Bierhalle; weder Däumig noch Liebknecht treffen zur verabredeten Zeit ein. Eine halbe Stunde wartet Barth voller Ungeduld, dann geht er in die Telephonzelle, um das Parteibüro der Unabhängigen anzurufen.

„Hier Barth — ist Däumig noch da?“
„Däumig ist verhaftet worden!“
„Däumig verhaftet?“
„Vor zwei Stunden, wahrscheinlich auch Müller und Liebknecht.“

Müller und Liebknecht, diese beiden kann Barth verschmerzen. Aber Däumig, der militärische Leiter der Obleute, — am Abend vorher ist ihm ein neuer Aufmarschplan der Militärbehörde gebracht worden. Däumig hätte heute sofort den Aktionsplan der Obleute ändern müssen.

„Hören Sie, Genosse Barth?“
„Was denn noch?“
„Laukant ist unterwegs. Er sucht Sie — es handelt sich um sehr Wichtiges!“

Barth tritt aus der Telephonzelle; sein Gesicht ist blasser als gewöhnlich, die kurz-sichtigen Augen hinter den Kneifer-gläsern sind noch stechender.

„Wirt, zahlen!“ ruft er laut.
„Bloß schnell raus hier!“ flüstert er dem Genossen zu. Erst draußen erklärt er die Situation:

„. . . das hängt alles mit diesem verfluchten Pionierleutnant zusammen. Ich fürchte, er hat die ganze Sache verraten. Jetzt geht es um alles. Und wir warten nicht länger. Heute abend müssen wir die Obleute zusammen haben, vor allem die Stoßtruppführer und die Kuriers.“

„Sich einigen über die aufzusuchenden Genossen und erörtern, welches Lokal für die Zusammenkunft das sicherste sei.“

Arbeiterregierung statt Regierung der Barone!

F. G. Unter diesem Thema veranstaltete der ISK am Montag im Hackeschen Hof in Berlin seine erste öffentliche Versammlung nach dem notverordneten Burgfrieden. Die Versammlung war überfüllt, viele Versammlungsteilnehmer fanden vor dem angesetzten Versammlungsbeginn nur noch Stehplätze, auf denen sie stundenlang ausharrten.

In ihrer Rede sagte Maria Hodann: In der neuen Notverordnung bekommt die Regierung der Barone eine Blankovollmacht, an der Sozialversicherung zu ändern, was ihr beliebt. Auf allen Gebieten stößt die Reaktion entscheidend vor. Alles was auch nur den Anschein freihetlichen Strebens zeigt, wird als Kulturbolschewismus verschrien. Wir erloben heute, daß die Reaktion offen vor aller Welt ihre Claquekämpfe austrägt, ohne Furcht vor der Arbeiterklasse.

Daß diese ganze Reaktion heute nur zu schlagen ist, wenn die Kraft der Arbeiterklasse gesammelt wird in der Einheitsfront, darüber herrscht Einmütigkeit in allen Lagern der Arbeiterbewegung. Die Hauptgründe, weshalb die Einheitsfront bisher nicht zustande gekommen ist, sind: Das Ausweichen der SPD vor jedem nennenswerten außerparlamentarischen Kampf, der sie bei der heutigen zugespitzten Lage aus ihrer bisherigen Bahn reformistischer Politik herauswerfen würde und sie schließlich, wie Brandes auf dem Verbandstag des DMV sagte, zu einem „als Revolution bezeichneten politischen Gewaltakt“ führen könnte, den sie, entsprechend ihrer Theorie von der friedlichen Eroberung der Macht auf dem Wege der Demokratie, nicht will.

Auf diese falsche SPD-Politik setzt die KP den „i“-Punkt: Statt der SPD, einschließlich ihrer Führer, ein ehrliches Einheitsfront-Angebot zu machen und so die SPD in den notwendigen Kampf zu zwingen, wenn sie nicht will, daß ihr ihre Anhänger weglauen, wiederholt die KP täglich ihr Sprüchlein vom schärfsten Kampf gegen die SPD.

Die Reaktion hat mehr Interesse für Einheitsfront als die verrannten Arbeiter-Politiker. Der Berliner Polizeipräsident hat den Auftrag bekommen, in ganz Preußen Nachforschungen anzustellen über das Maß der Zusammenarbeit von Reichsbanner und Antifa.

Die SPD-Arbeiterschaft darf sich heute nicht verleiten lassen, in einer von den um die Regierung sich zankenden reaktionären Gruppen ein kleineres Übel zu suchen, sondern muß dieser ganzen Reaktion den selbständigen Kampf der Arbeiterklasse entgegensetzen unter der Parole:

„Arbeiter-Regierung statt Regierung der Barone!“

In der Diskussion kamen vor allem die KP-Genossen reichlich zum Wort. Es wurde sachlich diskutiert, jedenfalls weit über das Durchschnittsmaß an Sachlichkeit, das heute üblich ist. Es zeigte sich aber wieder wie so oft, daß die KP-Genossen nicht auf die Erörterung des vorliegenden Problems der Einheitsfront vorstoßen, sondern unbekümmert um die entscheidenden Tatsachen nur die Parteiparole variieren. Trotzdem wurde in der Diskussion, an der sich auch ein KPO-Genosse und ein Anhänger der Trotzki-Gruppe beteiligten, zu den entscheidenden Punkten vorgestoßen.

Die KP hat sich infolge ihrer falschen Politik in den Gewerkschaften und Betrieben isoliert, sie hat dort kaum noch Stützpunkte und ist deshalb ungewöhnlich schwach, was der 20. Juli gezeigt hat. Diese Schwäche ist es wohl auch, die sie veranlaßt hat, sogar ihre Politik der Einheitsfrontangebote an die unteren Leitungen der SPD und Gewerkschaften aufzugeben und das Einheitsfrontangebot zu gemeinsamer Demonstration an die Bezirksleitung der SPD in Berlin für einen Fehler zu erklären.

Die Schwäche der Argumentation der KP und die Hilflosigkeit der KP-Genossen wurde deutlich zum Ausdruck gebracht durch ihre Frage: „Was ist dann, wenn die SPD ein solches ehrliches Einheitsfrontangebot, bei dem die KPD auf die Bekämpfung und Beschimpfung der SPD verzichtet, ablehnt?“ Daß sie dann als Feind der Einheitsfront dastehet und wesentlich an Mitgliedern verlieren könnte, ging als Antwort nicht in den Kopf der Kommunisten. Zu dieser Frage kann aber auch die Gegenfrage gestellt werden: Was hat die KP denn dann verloren, wenn sie eine solche Ablehnung bekommt? Gar nichts!

Da die Einheitsfront der einzige Weg ist, die Interessen der Arbeiter heute wirksam zu verteidigen, gilt es, für sie weiter zu arbeiten und auf die widerstrebenden Leitungen einen Druck auszuüben durch Herstellung der gemeinsamen Arbeit in den Bezirken und Orten, wo es bereits möglich ist ohne Zustimmung der Leitungen, und durch Teilnahme an der Gewerkschaftsarbeit, damit die Gewerkschaften den Abwehrkampf gegen die weiteren Ausbeutungsmaßnahmen aufnehmen.

Mit dem gemeinsamen Gesang der „Internationale“ wurde die Versammlung geschlossen.

Sozialpolitik vogelfrei.

Daß die Reichsregierung durch die Notverordnung vom 4. September tatsächlich eine

Blanko-Vollmacht

erhält auf dem Gebiet der Sozialversicherung, des Tarifwesens, Schlichtungswesens, Arbeitsschutzes u. s. w., daß sie auf diesen Gebieten tun und lassen kann, was sie will, ergibt sich eindeutig aus dem Abschnitt „Sozialpolitische Maßnahmen“, den wir hier im Wortlaut abdrucken:

§ 1.

Die Reichsregierung wird beauftragt, im Hinblick auf die gegenwärtige Not des deutschen Volkes zur Erhaltung der sozialen Fürsorge und zur Erleichterung von Wirtschaft und Finanzen die sozialen Einrichtungen zu vereinfachen und zu verbilligen. Sie wird zu diesem Zwecke ermächtigt, Vorschriften zu erlassen

1. über die öffentlich-rechtliche Versicherung für den Fall der Krankheit und des Unfalles, der Arbeitslosigkeit, der Berufsunfähigkeit, der Invalidität und des Todes, die Ermächtigung erstreckt sich insbesondere auf Umfang, Gegenstand und Träger der Versicherung, die äußere und innere Verfassung der Versicherungsträger und Versicherungsbehörden, das Verfahren und die Aufbringung der Mittel, die Verwaltung und Wirtschaftsführung; die Ermächtigung gilt entsprechend für die Ersatzversicherung;

2. über den äußeren Aufbau und die innere Verfassung, das Verfahren und den Geschäftsgang der Versorgungsbehörden (Gesetz über das Verfahren in Versorgungssachen § 2); die Reichsregierung kann dabei auch Bestimmungen über die Wahrnehmung der Aufgaben dieser Behörden treffen;

3. auf dem Gebiete der Arbeitsverfassung einschließlich der Verfassung der Arbeitsgerichte, des Arbeitsvertrages, des Tarifvertrages, des Schlichtungswesens und des Arbeitsschutzes; die Ermächtigung erstreckt sich auch auf die Zusammenfassung von Vorschriften auf solchen Gebieten;

4. auf dem Gebiete der Arbeitslosenhilfe und der öffentlichen Fürsorge, des Arbeitsmarktes, der Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung, der Arbeitsfürsorge und des Arbeitsdienstes; die Reichsregierung kann dabei auch die Mitwirkung der Gemeinden, Gemeindeverbände und anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften sicherstellen.

Zur Durchführung der Vorschriften, welche die Reichsregierung auf Grund dieser Ermächtigung erläßt, kann der Reichsarbeitsminister Rechtsverordnungen und allgemeine Verwaltungsvorschriften treffen.

§ 2.

Die Vorschriften dieses Teiles treten mit dem Tage der Verkündung dieser Verordnung in Kraft.

Barth entscheidet sich für den „Musikalischen Fuchs“. Dann trennen sie sich.

Barth geht in die Wohnung zurück, den Aktionsplan umzuändern.

Der andere trommelt alle erreichbaren Obleute zusammen. Pünktlich um 8 Uhr betritt Barth das Lokal.

Die Genossen sind schon im Hinterrzimmer versammelt. Nicht alle haben benachrichtigt werden können, doch vielleicht vierzig sind gekommen, darunter die Obleute aus den wichtigsten Berliner Großbetrieben. Werkzeugmacher, Schlosser, Dreher — harte Fäuste, harte Köpfe. Schweigsam sitzen sie beieinander, die Auslese der Berliner Arbeiterschaft. Vielleicht ist es kein Zufall, daß außer dem Dreher Laukant kein USP-Führer erschienen ist.

Vor zehn Monaten haben die Obleute die Berliner Arbeiter in einen großen politischen Streik geführt — nicht nur für größere Brotationen und höhere Löhne, sondern für Beendigung des Krieges und gegen den Gewaltfrieden von Brest-Litowsk. Sie haben diesen Kampf verloren und sind nachher in alle Winde und an alle Fronten versprengt worden. Aber sie haben sich wieder zusammengefunden. Unter der Militärdiktatur und gegen ihre Partei- und Gewerkschaftsführer haben sie den Geist der Rebellion wachgehalten. Und jetzt sind sie bereit, die Berliner Arbeiter in den Endkampf zu führen.

Sie alle glauben, daß es der Endkampf sein wird.

Barth ist von dieser Idee besessen. Alles hat er auf diese eine Karte gesetzt, alles dafür vorbereitet, und er fürchtet, daß es morgen schon zu spät sein, daß ihm morgen alles aus der Hand geschlagen werden könne. Zu viele neue Leute sind in den letzten vierzehn Tagen in die Pläne der Obleute eingeweiht worden. Einer genügt, um alle dem Henker auszuliefern.

Gleich beim Eintreten beginnt Barth zu sprechen: „Genossen, unsere Sitzung ist eröffnet! Däumig, Müller und Liebknecht sind verhaftet! Ich beantrage nunmehr, daß mir Vollmacht zum Handeln gegeben wird. Wünscht jemand hierzu das Wort?“

Keiner der Obleute rührt sich. „Das geschieht nicht, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dafür ist, den ersuche ich, die Hand zu erheben.“

Danke. — Die Gegenprobe! Ich konstatiere einstimmige Annahme. Ich diktiere nun: morgen früh geht es los!

Weiter: heute geht niemand nach Haus!

Weiter: es darf keiner vor morgen früh um 6 Uhr allein gehen, sondern immer nur zu zweien, damit dauernd jeder überwacht ist. Das ist kein Mißtrauen, das ist Vorsicht. Nun ist die Sitzung solange vertagt, bis ich den morgen zu verteilenden Aufruf geschrieben habe.“

Barth setzt sich an den Nebentisch. Er hat den Text schon fertig mitgebracht, aber er kann selbst in dieser Stunde nicht unterlassen, sich in Positur zu setzen. Er schreibt, streicht aus und entwirft den Text von neuem.

Die Obleute warten schweigend. Draußen in der Gaststube spielt ein Bandonium. Einer von den beiden Musikanten singt dazu:

„Machen wir's den Schwalben nach,
Bau'n wir uns ein Nest!
Bist du lieb und bist du brav,
Halt zu dir ich fest. . .“

Ohne aufzuhören geht das Spielen draußen weiter, immer dieselbe schmalzige Melodie und dieselben Verse. Barth ist mit seinem Text an den Tisch zurückgekommen und liest vor:

Arbeiter, Soldaten, Genossen!

Die Entscheidungsstunde ist da! Es gilt der historischen Aufgabe gerecht zu werden.

Während an der Wasserkante die Arbeiter- und Soldatenräte die Gewalt in der Hand haben, werden hier rücksichtslos Verhaftungen vorgenommen. Däumig und Liebknecht sind verhaftet.

Das ist der Anfang der Militärdiktatur, das ist der Auftakt zu nutzlosem Gemetzel.

Wir fordern nicht Abdankung einer Person, sondern Republik.

Die sozialistische Republik mit allen ihren Konsequenzen. Auf zum Kampf für Friede, Freiheit und Brot!

Heraus aus den Betrieben!
Heraus aus den Kasernen!
Reicht Euch die Hände!
Es lebe die sozialistische Republik!

Der Volksausschuß
des Arbeiter- und Soldatenrates.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialversicherung, Krise, Kollektivismus.

Acht dem ADGB nahestehende Kollegen haben unter Schriftleitung von Dr. Hilde Oppenheimer ein Sammelwerk im Verlag des ADGB erscheinen lassen: „Die wirtschaftlichen Funktionen der Sozialversicherung.“ Als Herausgeber zeichnet die Sozialistische Vereinigung für Wirtschaftsforschung und Gesellschaftsforschung. Die Schrift soll eine Waffe im Kampf um die Erhaltung der Sozialversicherung sein. Ehe wir untersuchen, ob die Waffe scharf geschliffen oder stumpf und schartig ist, entnehmen wir der Schrift, in der interessantes Material und interessante Überlegungen zusammengetragen sind, einige Mitteilungen über:

Entwicklung und Bedeutung der Sozialversicherung in Deutschland.

„Eine Einrichtung, die rund 10 Prozent des jährlichen Sozialprodukts, an sich zieht, die mit ebenfalls rund 10 Prozent an der Kapitalbildung der letzten Jahre beteiligt war, übt auf den Ablauf des Produktions- und Verteilungsprozesses unvermeidlich einen sehr großen Einfluß aus.“ (Seite 128.)

Die Sozialversicherung war nicht von Anfang an von solcher Bedeutung. Ihre Entwicklung möge durch einige Angaben über die Aufwendungen zu Gunsten der Krankenkassenmitglieder beleuchtet werden. Folgende Beträge wurden pro Mitglied ausgegeben:

	1885	1929
	Mark	Mark
Arzt, Zahnarzt, andere Heilpersonen	2,11	17,34
Arznei und sonstige Heilmittel	1,65	9,26
Krankenhauspflege	1,04	10,80

(Seite 18.)

Verschärft die Sozialversicherung die Krise?

Unternehmer greifen die Sozialversicherung gerade wegen ihrer ökonomischen Bedeutung an. Immer wieder hören wir die Behauptung, sie wirke krisenverschärfend, sowohl wegen der Belastung der Unternehmer mit Beiträgen als auch wegen der Tendenz zur Lohnhochhaltung, die vor allem von der Arbeitslosenversicherung ausgeht.

Diese Tendenz ist wirklich vorhanden. Gerade Gewerkschaftsvertreter werden die Letzten sein, sie zu leugnen. — Wegen dieser Tendenz zur Lohnhochhaltung erleben wir eine so scharfe Krise, behaupten die deutschen Unternehmer. Was antworten die Gewerkschaftstheoretiker?

Die Verfasser der hier besprochenen Schrift stehen auf dem Boden der sogenannten Kaufkrafttheorie der Löhne. Aber sie riskieren es nicht, zu sagen: Die Löhne waren zu niedrig. Halasi schreibt zum Beispiel richtig, der Lohn sei nicht nur Kosten-, sondern auch Kaufkraftfaktor. Er fährt dann fort: „Unter diesem Gesichtspunkt ist Lohnsenkung unter Umständen geeignet, die Nachfrage nach Arbeitskräften zu vermindern.“ (Seite 70.) — „Unter Umständen!“ Den Leser würde gerade interessieren, ob diese Umstände nach Ansicht der Verfasser heute gegeben sind.

An anderer Stelle steht ähnlich unbestimmt: „Arbeitslosigkeit entsteht sogar häufig infolge zu niedriger Löhne, nämlich durch ein Mißverhältnis (Disproportionalität) zwischen Leistungsfähigkeit der Produktion und der Einkommensgestaltung. Dieses Mißverhältnis wird durch die Arbeitslosigkeit selber außerordentlich gesteigert — Arbeitslosigkeit erzeugt weitere Arbeitslosigkeit! — da die Einkommen der Arbeitslosen aus Arbeitslosenunterstützung erheblich geringer sind als ihr normales Lohn Einkommen. Die Abwägung der erwähnten (und auch zahlreicher nicht erwähnter) Tendenzen und Gegen Tendenzen stößt allerdings auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten und kann mit wissenschaftlicher Genauigkeit überhaupt nicht durchgeführt werden.“ (Seite 73.)

Halasi erklärt jedoch trotz dieser vorsichtigen Formulierungen für die heutige deutsche Krise erfreulicher Weise ziemlich eindeutig:

„In einem Zeitpunkt, wo gewaltige unausgenützte Anlagen (Gebäude, Maschinen u. s. w.) vorhanden sind und vorerst keine Aussicht zu neuer Anlagetätigkeit besteht, wie in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, ist es vor allem die Stärkung der Massenkaukraft, die eine Erhöhung der Beschäftigung herbeizuführen vermag.“ (S. 72.)

— Diese ganze Beweisführung gilt natürlich auch zu Gunsten der Sozialversicherung. Weil sie die Massenkaukraft stärkt, wirkt sie krisenmildernd.

Ein anderer Mitarbeiter, Marschak, stellt fest, daß durch die Sozialversicherung eine gewisse „Glättung“ des Bedarfs gegenüber den ohne Sozialversicherung bei Konjunkturschwankungen wahrscheinlichen Bedarfsschwankungen stattfindet und daß dadurch volkswirtschaftliche Lehrlaufverluste vermieden werden. Auch er bemüht sich also, die Sozialversicherung als ökonomisch vorteilhaft zu erweisen. —

Wir werden noch sehen, wie weit solches Bemühen in der Auseinandersetzung mit Unternehmern nützt.

Der Eingriff in die freie Konkurrenz.

Vielfach greifen die Unternehmer die Sozialversicherung — ganz abgesehen von den einzelnen ökonomischen Vorteilen und Nachteilen — einfach deshalb an, weil sie einen Eingriff in die freie Konkurrenz darstellt. Was antworten die Gewerkschaftstheoretiker? Ihre Antwort ist nicht einheitlich.

Einer der Mitarbeiter, Dr. Broecker, schreibt in bezug auf sozialpolitische Maßnahmen — offensichtlich in der Verteidigung —: „Wohl greift der Staat durch Festlegung solcher Bedingungen in die freie Konkurrenz des Arbeitsmarktes ein.“ (Seite 53.) Die „Unterstützungsleistungen der Sozialversicherung“, „beschränken . . . die freie Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt“ (Seite 55). — Diesem Verteidiger der Sozialversicherung fehlt die scharfgeschliffene theoretische Waffe zum Gegenangriff!

Und dabei kann man den unverschämten Vorwurf von Arbeitgebern, der Staat habe durch Sozialversicherungsbestimmungen in die freie Konkurrenz eingegriffen und dadurch Uebles angerichtet, sehr leicht zurück schlagen durch die einfache Feststellung: Der Staat hat durch Erhaltung der Bodensperre zu Ungunsten der Arbeiter ganz anders in die freie Konkurrenz eingegriffen!

Die heute zu Gunsten der Arbeiter wirkenden Staats eingriffe auf dem Arbeitsmarkt machen nur einen Bruchteil dessen wieder gut, was jene Eingriffe durch Schaffung und Erhaltung einer Reservearmee zum Schaden der Arbeiter angerichtet haben.

Die Aerzte erhielten von den Krankenkassen 1927 die Kleinigkeit von 250 Millionen Mark (Seite 16). Die Sozialversicherung betreut in Deutschland mehr als drei Fünftel der Bevölkerung (Seite 38).

Die Sozialversicherung ist mehr und mehr von der Entschädigung für eingetretenen Schaden zu Maßnahmen zur Verhütung von Schaden fortgeschritten. Das gilt sogar für die Arbeitslosenversicherung. Die Verhütungsmaßnahmen sind bei ihr: Beeinflussung des Arbeitsmarktes durch die Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und produktive Erwerbslosenfürsorge. „Die vorbeugende Arbeit der Invaliden- und Angestelltenversicherung allein betrug mit 122 Millionen Reichsmark 11,2 Prozent der 1083 Millionen Reichsmark Rentenleistungen beider Versicherungsarten.“ (Seite 23.)

Daß die Sozialversicherung wesentlich dazu beigetragen hat, die Sterblichkeit in Deutschland herabzudrücken, hat Loucheur als französischer Arbeitsminister in der Kammerdebatte über das Inkrafttreten der französischen Sozialversicherung im Februar 1930 mit den folgenden Feststellungen anerkannt: Im Jahre 1880 war Frankreich in Europa das Land mit der kleinsten Sterblichkeitszahl; sie war 20 Prozent geringer als in Deutschland. 1930 stand die Sterblichkeitszahl in Frankreich um 25 Prozent über der deutschen Zahl. Warum? Deutschland hat die Sozialversicherung! (Seite 31.)

Die ökonomische Bedeutung der Sozialversicherung steht also außer Zweifel.

— Diese theoretische Waffe fehlt den Theoretikern des ADGB leider vielfach noch.

Wir stellen darum gern fest, daß Halasi wenigstens entschieden behauptet: „Eine solche freie Konkurrenz bestand auf dem Arbeitsmarkt niemals und besteht auch heute nicht.“ (Seite 68.) Eine eigene Begründung dafür gibt er nicht, zitiert aber dazu in einer Anmerkung unter anderem ein treffendes Wort des Pariser Geschichtswissenschaftlers Du Cellier:

„Der Kampf auf dem Arbeitsmarkt spielt sich häufig nicht zwischen zwei vertragschließenden Parteien, sondern zwischen einem Geldsack und einem Magen ab.“ (Seite 68.)

Richtig! Allerdings ist dieser sozialpolitische Kronzeuge — was wohl die Wenigsten wissen — nicht sonderlich gut gewählt; er hielt es nämlich seiner Zeit für ökonomisch (!) undurchführbar, die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden zu

Ein Großspekulant macht endgültig Pleite.

Jakob Michael hat nach dem Krieg u. a. durch den Verkauf von Heeresbeständen gute Geschäfte gemacht. Unmittelbar nach der Inflation ist der damals 29-jährige reich geworden, dadurch, daß er rasch entschlossen die meisten seiner Sachwerte verkaufte und Bargeld zu enormen Zinssätzen auslieh. Jetzt sitzt er in Holland und stellt sich tot. Die Konzernbank des Michael-Konzerns, die Industrie- und Privatbank, hat am 23. März die Zahlungen eingestellt und das Vergleichsverfahren beantragt. Das Verfahren wurde ergebnislos abgebrochen. Am 5. September ist der Konkurs eröffnet worden. Nach Abzug von 652 000 Mark bevorrechteten Forderungen beträgt die Konkursmasse 906 000 Mark; die daraus zu befriedigenden Forderungen machen 37—38 Millionen Mark aus.

Einzelheiten: Unter den Forderungen sind 18—19 Millionen Mark Forderungen aus Bürgschaften, die die Bank geleistet hat. Ein Rechtsanwalt meinte: Die Bank habe mit der Beanspruchung aus den Bürgschaften nicht rechnen können! — Die Bank besaß 1927 rund 16 Millionen Mark bare Mittel; diesen standen damals 25 Millionen Mark Bürgschaften gegenüber. Trotzdem hat sie die Barmittel gegen Hergabe von 4 Millionen Mark Aktien der Bank an Michael gegeben. Sie hat diesem die Aktien, die heute nichts wert sind, damals mit 395 Prozent bezahlt.

Solche Gestalten bringt das wilde Auf und Ab der kapitalistischen Konjunktur nach oben. Es ist wahrlich nicht bedauerlich, daß sie von einer anderen Bewegung nach unten gerissen werden. Bedauerlich ist aber, daß Unschuldige in solchen Fällen meist mit leiden müssen.

Ein ungewohntes Bild.

Der Tendenzbericht von den Warenmärkten, den der „Deutsche Volkswirt“ wöchentlich veröffentlicht, sieht in der neuesten Nummer aus, wie seit langem nicht:

Steigend	Behauptet	Schwach	Sinkend
Getreide	Zucker		
Baumwolle	Reis		
Wolle	Kaffee		
Jute	Oelsaat		
Seide	Oele		
Metalle			
Kautschuk			

Vor einigen Monaten stand ein Strich in der ersten Spalte!

USA

Riesengewinne amerikanischer Bankiers an deutschen Anleihen: An den seit 1923 in den USA aufgelegten deutschen Anleihen haben die amerikanischen Bankiers nach einer halbamtlichen Statistik 50 Millionen Dollar (200 Millionen Mark) verdient. Es handelt sich um Anleihen in Höhe von etwa 4 Milliarden Mark.

Sinkende Gewinne: Die General Motors Corporation hatte im ersten Halbjahr 1931 noch 84 Millionen Dollar Reingewinn erzielt; im ersten Halbjahr 1932 waren es nur noch 15 Millionen Dollar.

Auswanderungsüberschuß: In dem am 30. Juni abgelaufenen Haushaltsjahr wanderten 103 295 Personen zu dauerndem Aufenthalt nach anderen Ländern aus; nur 35 576 Personen wanderten ein. Auswanderungsüberschuß: 67 719. — Das Land der angeblich ewigen Prosperität hat seine Anziehungskraft verloren!

verkürzen! Immerhin: Du Celliers Feststellung ist richtig. Wir müssen sie jedem entgegenhalten, der von freier Konkurrenz auf dem heutigen Arbeitsmarkt schwätzt.

So viel zu diesem Unternehmerangriff und seiner Abwehr.

Freude an Staatseingriffen.

Die Verfasser bemühen sich, wie wir sehen, eine ökonomische Begründung der Sozialversicherung zu geben. Dabei blickt häufig durch, daß für sie eigentlich schon die Tatsache Grund genug zur Verteidigung und zum Aufbau der Sozialversicherung ist, daß durch sie das

ökonomische Wirkungsfeld der öffentlichen Hand ausgedehnt

wird. Das gilt besonders für diejenigen Mitarbeiter, von denen wir nicht gehört haben, daß sie sich bisher besonders mit den Problemen der Sozialversicherung befassen.

Naphali freut sich sichtlich darüber, daß 1929/30 der Gesamtumfang des durch die Sozialversicherung „sozial geregelten Verbrauchs einen Wert von rund 1,3 Milliarden Reichsmark gehabt hat“ (Seite 95). Er freut sich über die „zwangsweise Bevorzugung des der Gesundheitspflege dienenden Verbrauchs“ (Seite 97). „Wenn man über dieses erste Beispiel des weiteren Ausbaus einer sozialen Verbrauchsordnung durch Sozialversicherung hinaus denkt, so kann man sich mit einiger Phantasie eine Regelung vorstellen, bei der ein sehr erheblicher Teil der menschlichen Bedürfnisse im Interesse der sozialen Aufwärtsentwicklung der individuellen Willkür entzogen wird. . . . Deshalb kam es hier im besonderen darauf an, die Bedeutung der Sozialversicherung für eine Wandlung der Verbrauchsordnung von der herrschenden individualistischen in eine zu erstrebende sozialistische Richtung herauszuarbeiten.“ (Seite 98.)

Nöltling erlebt ähnliche Freuden an dem „vorwärtstreibenden, gesellschaftsrevolutionären Gehalt“ der Sozialversicherung: „Sie schafft damit bereits während des Bestehens des Kapitalismus die ersten Ansätze einer künftigen Sozialordnung.“ (Seite 115.)

Wir empfehlen diese „ersten Ansätze“ der genauesten Beachtung. Gerade wenn man die Sozialversicherungs-Bürokratie beobachtet, kann einem die Freude an der von Naphali und Nöltling erhofften „künftigen sozialen Ordnung“ von vornherein völlig vergehen. Hoffen wir, daß das, was jener Theoretiker unausgesprochen für einen wichtigen Teil der ökonomischen Begründung der Sozialversicherung halten: die Ausdehnung des ökonomischen Wirkungsfeldes der öffentlichen Hand und das damit verbundene Wachstum des bürokratischen Apparats, viele Arbeiter zum Nachdenken über die Segnungen des Kollektivismus bringt.

(Ein abschließender Aufsatz unter der Überschrift: „Ökonomische Begründung der Sozialversicherung?“ folgt.)

Hellmut Rauschenplat.

SOWJET-UNION

Buntmetallproduktion: Im ersten Halbjahr wurde das Produktionsprogramm für Kupfer nur zu 48 Prozent ausgeführt; die Planerfüllung hat sich im Laufe des ersten Halbjahres verschlechtert: der Plan des ersten Vierteljahres wurde zu 58, der des zweiten Vierteljahres nur zu 41 Prozent erfüllt. — Die Zink- und Bleiproduktion hat sich im Laufe des Halbjahres erhöht; doch wurde der Plan des ersten Halbjahres für Zink nur zu 46 Prozent, für Blei zu 65 Prozent erfüllt.

Koksmangel: Der Koksmangel ist eine Folge des Kohlenmangels und seinerseits eine Ursache der Mängel in der Hüttenindustrie. Während der ersten sieben Monate 1932 produzierten die Kokswerke nur 84 Prozent der geplanten Menge; im August ist die Planerfüllung sogar auf 68—70 Prozent gesunken.

Trotzdem Angriffe auf die Marktwirtschaft: „In der kapitalistischen Wirtschaft wird das Gleichgewicht zwischen der Entwicklung in der rohstoffgewinnenden und rohstoffverbrauchenden Industrie durch den ungeheuer reibungsreichen und kostspieligen Mechanismus der Preisbildung reguliert.“ („Moskauer Rundschau“ Nr. 35, vom 28. August 1932; aus derselben Nummer entnehmen wir die Angaben über mangelnde Planerfüllung in der Buntmetall- und Koksproduktion.)

DEUTSCHLAND

Auslandsverschuldung nach dem Stand vom 29. Februar 1932: 10,15 Milliarden Mark kurzfristige, 10,47 Milliarden Mark langfristige Auslandsschulden. Dazu kommen für etwa 400 Millionen Mark innerdeutsche Schuldverschreibungen, die im Besitz von Ausländern sind, und statistisch nicht erfaßte Kleinkredite in Höhe von etwa 100 Millionen Mark. Summe: 21,1 Milliarden Mark. — In der übrigen Presse wird im Anschluß an eine Veröffentlichung des Statistischen Reichsamtes die Auslandsverschuldung allgemein mit 25,6—26,6 Milliarden Mark angegeben. Diese Angabe ist irreführend. In ihr sind eingerechnet: ausländischer Grundbesitz in Deutschland (2 Milliarden Mark) und ausländischer Besitz an deutschen Aktien und Beteiligungen (2,5—3,5 Milliarden Mark). Es ist bedauerlich, daß auch das Statistische Reichsamt an Stelle der deutschen Sprache ein nationalistisch-ökonomisches Kauderwelsch redet und Ausländer, die in Deutschland Boden oder Aktien besitzen, „Gläubiger“ nennt.

Reichsbahn-Anleihe 1931: Gezeichnet wurden insgesamt 262 687 000 Mark. Die Zeichnung ist nunmehr endgültig geschlossen. Wir bringen daher in Erinnerung: Verzinsung: 4 1/2 Prozent + Steuerfreiheit + Erlaß von Zuchthausstrafen für Steuerhinterziehung. Zweck: Subventionierung der Schwerindustrie durch Reichsbahnaufträge. Erfolg: Verlängerung der Krise.

Junkers Flugzeugwerke wieder gesund? Den Gläubigern wird ein einjähriger Zahlungsaufschub vorgeschlagen; sie würden dann voll befriedigt werden. Forderungen bis zu 500 Mark sollen sogar binnen einem Monat voll ausgezahlt werden. — Innerhalb weniger Monate ist nach Angaben der Gesellschaft das Reinvermögen von 2,9 auf 4,4 Millionen Mark gestiegen; die Verpflichtungen der Gesellschaft haben sich um 2,2 Millionen Mark ermäßigt. — Wie stark hat das Reichsverkehrsministerium hier nachgeholfen?

Steigende Personenauto-Ausfuhr: Während der ersten sieben Monate 1932 ist die Ausfuhr gegenüber dem Vorjahr von 4262 Personenwagen auf 5619 Personenwagen gestiegen. Wertmäßig bleibt die Ausfuhr ein wenig unter der Vorjahres-Ausfuhr. — Die Ausfuhr von Lastwagen liegt um 55 Prozent unter der des Vorjahres.